



Dokumentation Fachaustausch „Beratungs- und Unterstützungsbedarfe für transsexuelle/trans*Menschen und ihre Angehörigen in verschiedenen Lebenssituationen“

Begleitmaterial zur Interministeriellen Arbeitsgruppe
Inter- & Transsexualität – Band 4. Berlin

Dokumentation zum Fachaustausch „Beratungs- und Unterstützungsbedarfe für transsexuelle/trans*Menschen und ihre Angehörigen in verschiedenen Lebenssituationen“

1.	Grußwort der Parlamentarischen Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Caren Marks)	4
2.	Zur Ausprägung der Beratungslandschaft in Deutschland (Vortrag von Mari Günther) ..	8
3.	Podium I: Beratungs- und Unterstützungsbedarfe in verschiedenen Lebenssituationen	13
4.	Podium II: Perspektiven von Beratung von und für transsexuelle/trans*Personen in Deutschland	18
5.	Podium III: Ideenwerkstatt – Wie lassen sich die Erfahrungen spezialisierter Beratung in die breite psychosoziale Beratungslandschaft integrieren?	23
6.	Publikumsdiskussionen	28
7.	Ergebnisse	33
8.	Fotos und Kurzviten der Podiumsgäste	38

Einige Hinweise zu Sprachregelungen und Schreibweisen:

Im Sinne geschlechtergerechter Sprache wird in der vorliegenden Publikation der sogenannte **Gender_Gap** verwendet. Dies dient dazu, explizit auch allen Selbstbeschreibungen jenseits von weiblich und männlich Raum zu geben.

Da es zudem unterschiedliche Selbstbezeichnungen von Menschen mit Transidentität gibt, wird durchgehend die Begriffskombination „**transsexuell/trans***“ verwendet. Der Begriff „trans*“ wird **kleingeschrieben**, wenn es um Menschen geht, die dieses Persönlichkeitsmerkmal besitzen, wie z. B. „trans*Vater“. Die Kleinschreibung soll deutlich machen, dass es um eines von vielen Merkmalen der Persönlichkeit geht, das nicht notwendigerweise hauptsächlich identitätsstiftend sein muss. Begriffe wie „Trans*Community“ oder „Trans*Kompetenz“ werden **großgeschrieben**, weil hier das Trans*Thema jeweils das identitätsstiftende und verbindende Element ist.¹

Die Verwendung **geschlechtsbezeichnender Pronomen bzw. keines Pronomens** für die Podiumsteilnehmenden orientiert sich an der Selbstbezeichnung der jeweiligen Person.

¹ Vgl. Leitfaden zur psychosozialen Beratung von inter* und trans*Personen und ihren Angehörigen, pro familia 2016, S. 35.

1.

Grußwort der Parlamentarischen Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Caren Marks)

Sehr geehrte Anwesende,

herzlich willkommen zum Fachaustausch „Beratungs- und Unterstützungsbedarfe für transsexuelle und trans* Menschen und ihre Angehörigen in verschiedenen Lebenssituationen“! Dieser Fachaustausch begleitet die Arbeit der interministeriellen Arbeitsgruppe „Inter- und Transsexualität“ der Bundesregierung.

Ziel der interministeriellen Arbeitsgruppe ist es, festzustellen, was für intersexuelle und inter* sowie für transsexuelle und trans* Personen zu tun ist, und entsprechende Maßnahmen anzustoßen.

Der heutige Fachaustausch schließt an eine ähnliche Veranstaltung im November 2015 an, die sich mit der Beratungssituation für Menschen mit angeborenen Variationen der Geschlechtsmerkmale beschäftigte.

Dem Bundesfamilienministerium sind die vielfältigen und wichtigen Debatten um eine geeignete Sprachregelung bekannt. Wir wollen uns so inklusiv wie möglich ausdrücken. Deshalb spreche ich hier von transsexuellen und trans* Personen. Im Kontakt mit Einzelnen achten und beachten wir die individuelle Selbstbezeichnung.

Wenn ich von transsexuellen und trans* Personen spreche, dann meine ich alle Menschen: in jedem Alter, mit verschiedenen körperlichen und kognitiven Fähigkeiten, unterschiedlicher sozialer oder ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung und sexueller Orientierung. Und ich denke auch an geflüchtete Menschen.

Lassen Sie mich einführend die rechtliche Situation für transsexuelle und trans* Personen skizzieren. Anfang Januar 1981 trat das Gesetz über die Änderung der Vornamen und die Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen (das sogenannte Transsexuellengesetz) in Kraft. Damals war Deutschland im internationalen Vergleich recht fortschrittlich. Seitdem hat sich das Verständnis von geschlechtlicher Identität dank Wissenschaft und gesellschaftlichem Engagement weiterentwickelt.

Es gibt cisgeschlechtliche Frauen und Männer, die sich mit ihrem biologischen Geschlecht identifizieren. Es gibt transsexuelle Personen, die klar für sich wissen, dass sie dem sogenannten anderen Geschlecht zugehören. Es gibt Menschen, die sich weder als Frau noch als Mann definieren können oder möchten.

Und es gibt viele weitere Möglichkeiten, die eigene geschlechtliche Identität zu definieren. Jeder Mensch hat das Wissen und die Definitionsmacht in Bezug auf das eigene Geschlecht. Niemand kann einem Menschen diese Selbstbeschreibung abnehmen oder vorschreiben. Dieses Erkenntnis spiegelt sich zunehmend auch in internationalen Debatten und Entwicklungen.

Daher wurde die Änderung des Personenstandes für transsexuelle und trans*Personen in den letzten Jahren zum Beispiel in Argentinien, Malta, Irland, Dänemark und Schweden deutlich erleichtert. Letzten Montag kam auch Norwegen dazu. Auch andere Länder wie Großbritannien und Frankreich arbeiten aktuell an Erleichterungen. Auch in Deutschland stellt sich die Frage, inwieweit und in welcher Form Rechtsänderungen notwendig sind.

Im Bundesfamilienministerium setzen wir uns mit der Resolution 2048 „Discrimination against transgender people“ des Europarates vom 22. April 2015 auseinander. Die Resolution ruft dazu auf, Maßnahmen gegen Diskriminierung und zur Durchsetzung der Rechte von transsexuellen und trans*Menschen zu ergreifen. Dazu zählt auch, Personen schnell, transparent und vor allem selbstbestimmt – das heißt ohne vorheriges Begutachtungsverfahren – einen Personenstandswechsel zu ermöglichen. Und dies ohne Zwang, etwa zu medizinischen Behandlungen oder Operationen, und ohne Bedingungen wie zum Beispiel eine Scheidung. Zusätzlich fordert die Resolution, transsexuelle und trans*Erwachsene und Kinder nicht mehr als psychisch krank einzustufen und trotzdem die medizinische Versorgung sicherzustellen.

All diese Inhalte sind im Bundesfamilienministerium angekommen. Darum werden die rechtliche Situation und weitere Schritte zurzeit in unserem Auftrag von der Humboldt-Universität zu Berlin und dem Deutschen Institut für Menschenrechte geprüft. Die Ergebnisse werden uns Ende des Jahres vorliegen und sollen Anfang 2017 in einem weiteren Fachaustausch öffentlich und beteiligungsorientiert diskutiert werden.

Die Resolution ruft auch zu vermehrter Sensibilisierung, Information und Schulung auf. Und das zu Recht. Transsexuelle und trans*Personen sind besonders häufig Opfer von Diskriminierung, Mobbing und Hassdelikten. International sind Berichte über tödliche Angriffe keine Seltenheit. Wer es noch nicht selbst erlebt hat, kennt die Erlebnisse anderer und hat Angst.

In vielen Teilen der Gesellschaft ist die vorherrschende Vorstellung von Geschlecht immer noch binär: entweder Frau oder Mann. Ich habe den Eindruck, dass Intoleranz sogar wieder zunimmt – zumindest sinkt bei einigen die Hemmschwelle, Intoleranz offen zu zeigen. Deswegen ist es wichtig, immer wieder deutlich zu machen: Unterschiede sind normal. Vielfalt ist normal. Vielfalt ist nicht nur ungefährlich. Vielfalt ist eine Chance. Vielfalt zu akzeptieren und sich auf Vielfalt einzulassen, macht das Leben für viele Menschen ein bisschen einfacher und für alle ein bisschen reicher.

Das Geschlecht eines Menschen ist nicht entweder – oder. Geschlecht kann sehr unterschiedlich sein; es gibt ein breites Spektrum von Möglichkeiten. Andere mögen das seltsam finden. Aber was soll's? Das Geschlecht einer jeden Person ist ihre eigene Angelegenheit. Nur ich selbst weiß, nur Sie selbst wissen, mit welchem Geschlecht und welcher Ausprägung von Geschlechtlichkeit wir selbst sein können.

Menschen dieses Recht auf Selbstbestimmung zuzugestehen und sie mit ihrer geschlechtlichen Identität so anzunehmen wie sie sind, tut niemandem weh. Es schadet niemandem. Es kostet auch nichts. Und es ist vor allen Dingen kein Grund, einen anderen Menschen auszugrenzen.

Alle Menschen haben das Recht auf Schutz vor Ausgrenzung und Benachteiligung und die Freiheit, ihr je eigenes Geschlecht zu leben. Ich weiß, das ist leichter gesagt als erlebt. Transsexuelle und trans*Menschen haben oft Schwierigkeiten, den Alltag zu meistern, weil in vielen, ganz einfachen Situationen Fallen und Hindernisse stecken.

Wenn man immer wieder vermittelt bekommt: „Du spinnst, reiß dich zusammen, benimm dich so wie ein Junge!“, „Sie sehen aus wie eine Frau. Wieso steht hier ein Männername?“, „Sie sind nicht in den Arbeitsmarkt vermittelbar. Sie sind doch psychisch krank.“, „Nein, Sie dürfen nicht auf diese Toilette“, dann ist es schwierig, sich selbst immer wieder zu sagen: „Ich bin richtig, weil ich so bin, wie ich mich fühle. Und das trage ich auch nach außen, in mein Umfeld und in die Gesellschaft.“

Ich möchte deshalb allen danken, die gekommen sind, um heute mit uns zu diskutieren. Sie beweisen Engagement, zum Teil auch Mut. Für alle, die nicht vor Ort teilnehmen können, haben wir einen Livestream geschaltet.

Das Familienministerium hat vor knapp zwei Jahren erstmals ein Referat für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität eingerichtet und setzt sich seitdem intensiv mit der Situation von transsexuellen und trans*Menschen auseinander. Wir lassen Studien durchführen, vernetzen uns und fördern Projekte.

Unser Anliegen ist es, Wissen, Verständnis und Akzeptanz in der Gesellschaft zu fördern. Wir prüfen die rechtliche Situation und mögliche weitere Schritte. Und wir sind auf Ihr Wissen, Ihre Kompetenzen und Ihre Anregungen angewiesen. Denn Sie können mit Ihren Erfahrungen oder durch Ihre tägliche Arbeit die Bedarfe von transsexuellen und trans*Personen einschätzen.

Und mit Ihnen gemeinsam können wir Wege finden, wie sich die strukturellen Rahmenbedingungen verbessern lassen. Wir laden Sie ein, bei den nächsten beiden Fachaustauschen die gesellschaftspolitische und rechtliche Situation von transsexuellen und trans*Menschen mit zu erörtern und gemeinsam weitere Schritte zu diskutieren.

Heute geht es ganz konkret um die Beratungs- und Unterstützungslandschaft für transsexuelle und trans*Personen und ihre Angehörigen in verschiedenen Lebenssituationen. Alle, die transsexuelle Menschen beziehungsweise trans*Menschen beraten, müssen das Wissen und die Sensibilität haben, um sie wirklich gut zu beraten: professionell und bedarfsgerecht. Deswegen freue ich mich, dass die Podien so vielfältig besetzt sind.

Die Diskussionen werden gestaltet von

- Menschen, die aus ihrer eigenen Erfahrung notwendige Beratungs- und Unterstützungsbedarfe formulieren,
- Menschen, die in Beratungsstellen tätig sind – manchmal bezahlt, oft auch ehrenamtlich,
- Selbsthilfegruppen,

- psychosozialen und schulpsychologischen Beratungsstellen und
- Weiterbildungsinstitutionen.

Das Anliegen des heutigen Tages ist es herauszufinden, wie die Beratungs- und Unterstützungsangebote gestärkt und verbessert werden können.

Partizipation ist uns wichtig, Mitmachen ist uns wichtig, und deshalb lade ich auch die Anwesenden im Plenum ein: Bitte diskutieren Sie mit, machen Sie Ihre Vorschläge, stellen Sie Ihre Fragen.

Damit übergebe ich das Wort an Klaus Stehling, den Geschäftsführer des Landesverbandes der Hessischen AIDS-Hilfe, der diese Veranstaltung moderiert und Sie nun in den Ablauf des heutigen Tages einführen wird.

Guten Austausch und gutes Gelingen!

2.

Zur Ausprägung der Beratungslandschaft in Deutschland (Vortrag von Mari Günther)

Sehr Geehrte!

Ich wurde gebeten, die derzeitige Situation der Beratung von trans*Personen in Deutschland zu beschreiben, soweit das in der Kürze der Zeit gelingen kann. Ich leite eine Inter*und Trans*Beratung QUEER LEBEN hier in Berlin. Von diesem Blickwinkel aus betrachte ich das Beratungsgeschehen. Ich kann bei dieser Arbeit auf zwei weitere beratende Kolleg_innen zurückgreifen. Wir bewältigen locker etwas über 200 Beratungsgespräche im Quartal, wir können bei Bedarf zu zweit arbeiten, wir können neben dem Thema der Transgeschlechtlichkeit gleichermaßen das Thema Intergeschlechtlichkeit beraten, wir können in Krankenhäusern, Schulen und Gefängnissen aufsuchend arbeiten und haben jederzeit ein fachliches Gegenüber für Reflexion und einen guten Rat. Und wir werden bezahlt. Jeden Monat. Damit sind wir eine große Ausnahme, die mit der sonstigen Beratungsrealität von und für trans*Personen in Deutschland kaum etwas zu tun hat.

Lassen Sie mich eingangs die Beratungslandschaft in Deutschland zunächst grundsätzlich skizzieren. Beratung gibt es in den unterschiedlichsten Bereichen. Neben der sog. allgemeinen Regelberatung von staatlicher Seite, z. B. Gesundheits- oder Schulämter, gibt es die Angebote der freien Träger der Wohlfahrtspflege wie Schuldner- oder Schwangerschaftsberatung. All diese Beratungsangebote haben ihren spezifischen Beratungsauftrag und natürlich sollen auch trans*Personen diese für sich in Anspruch nehmen können.

Weiterhin gibt es spezielle Beratungsangebote für trans*Personen. Diese können in seltenen Fällen auch bei Trägern der allgemeinen Beratungslandschaft verortet sein. Allermeist finden sie sich bei Vereinen und Gruppen, die sich schwerpunktmäßig mit dem Themenfeld Trans* beschäftigen oder zumindest dem Spektrum der Lesben- und Schwulen- oder Aids-Beratungen angehören.

Nach meiner Schätzung werden bestimmt 95 Prozent aller Beratungsleistungen in der Trans*Community ehrenamtlich und unter prekären Bedingungen geleistet. Gezielte Projektförderungen haben in der letzten Zeit zwar zugenommen, Stellenfinanzierungen bleiben die seltene Ausnahme.

Ich möchte Ihnen die letztgenannten Angebotssegmente etwas aufgliedern und dabei die besonderen Profile und auch die Grenzen benennen.

Mit der Leitung einer Selbsthilfegruppe (SHG) machen sich Menschen mit ihrer eigenen Betroffenheit sichtbar und sie teilen diese auch. Für Kontakt- und Ratsuchende ist ein wichtiges Erle-

ben möglich, sie können sich im Gegenüber wiederfinden, sind nicht mehr allein und häufig ist eine regionale Verortung möglich. Für die Gruppenmoderator_innen ist es eine große Herausforderung, es ist eine doppelte Belastung zu moderieren, zuzuhören und sich in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen im eigenen Prozess und sich damit auch sehr verletzbar zu machen.

Ein Beispiel: Eine einzelne Person leitet eine SHG für den Bereich Nordwestmecklenburg. Sie verweist darauf, dass es in dem gesamten Bereich kein weiteres Angebot gibt, keine psychomedizinischen Fachkräfte vorhanden sind, eine Beratungsstelle des LSVD behandelt das Thema nur nebenbei, es ist Sensibilisierung für Ämter, Kinder- und Jugendeinrichtungen und Schulen notwendig.

Ein weiteres Segment sind die ehrenamtlichen Beratungsangebote – die häufig bald nach Bekanntwerden so sehr nachgefragt werden, dass die Ressourcen trotz großer Leistungsbereitschaft gar nicht ausreichen. Für die Ratsuchenden eröffnet sich endlich die Möglichkeit, zielgerichtet zu fragen, eine bewertungsfreie Atmosphäre zu erleben. Diese Beratungen stoßen häufig an ihre Grenzen, wenn es darum gehen sollte, professionelle Supervision in Anspruch nehmen zu können, Vernetzung aufzubauen und auch besonderes Versorgungswissen aufzubereiten. Es gibt in der letzten Zeit in diesem Feld viele tolle Entwicklungen – ein Beispiel wäre eine Beratung mit einem rechtlichen Schwerpunkt in Bremen, die dauerhaft überlaufen ist und den gesamten norddeutschen Raum versorgt. Und eigentlich immer versuchen diese Beratungsangebote auch noch dem Bedarf nach Gruppen, offenen Treffs, Onlineberatung und Freizeitangeboten gerecht zu werden.

Ein drittes Segment sind die Beratungsangebote, die in einem hauptamtlichen, professionellen Rahmen, z. B. bei einer Aids-Beratung, Schwulen- oder Lesbenberatung von einzelnen angestellten Berater_innen realisiert werden – das ist gelebte Solidarität, aber manchmal wird auch Energie gebraucht, um innerhalb der gastgebenden Organisation die eigene Position vertreten zu können. Zudem besteht die Gefahr, dass Länder oder Kommunen sich wünschen, die wenigen Gelder und Ressourcen dauerhaft zu teilen, solch eine Beratung mal so mitzumachen und damit eine Konkurrenzsituation unter den sozial engagierten Akteur_innen zu kreieren. Trotzdem möchte ich auf das funkelneue Beratungsangebot in Düsseldorf hinweisen. Finanziert für ein halbes Jahr! Für die communitybasierten Trans*Beratungsangebote gibt es noch keine Standards, Qualitätskriterien oder eine Fachstelle für Wissenstransfer und Vernetzung. Die bezahlten Stellen für die Beratung von trans*Personen in Deutschland sind noch immer im einstelligen Bereich. Trotzdem und gerade deshalb bin ich beeindruckt von der schon vorhandenen Vielfalt. Respekt vor dem, was alles schon geschaffen wurde.

Ich möchte gern einige Aspekte dessen beschreiben, was aus meiner Erfahrung innerhalb der Beratungsarbeit geschieht, was derzeit geleistet werden muss.

Ein großer Teil der Beratungsleistungen, Unterstützung und des Empowerments, welche die Trans*Community insgesamt leisten, wird derzeit noch benötigt, um trans*Personen mit möglichst wenig seelischer Beschädigung durch die rechtlichen und psychomedizinischen Bewertungs- und Abwertungsprozesse zu begleiten, vor den Auswirkungen des geltenden Rechts zu schützen und dabei seelisch zu stabilisieren. Häufig geht es um Erklärungen von unverständlichen Ansprüchen, z. B. bei den MDKs, Konditionierung für Begutachtungs-

situationen und das teilweise Verbergen des eigentlichen Selbsterlebens. Damit werden die Ressourcen, die eigentlich für psychosoziale Beratung, die Vermittlung von Empowerment und reflexive Prozesse zur Verfügung stehen sollten, häufig schon verbraucht. Die derzeitige rechtliche und medizinische Situation in Deutschland erzeugt permanent einen zusätzlichen Beratungsbedarf. Im Grunde kann man hier von einem Wahnsystem sprechen. Oder, um an Rosa v. Praunheim zu erinnern, nicht die trans*Person ist verrückt, sondern das System, in dem sie sich bewegen muss. Mit der Umsetzung dieser Beratungsleistungen im Sinne von Konditionierungen aber sind wir Berater_innen auch Teil dieses Wahnsystems. Der daraus resultierenden Verantwortung kann man sich (können wir uns) nicht entziehen.

Die wirklich wichtigen Aufgaben in einer Trans*Beratung bestehen häufig im Auffangen einer unglaublichen Anspannung der Ratsuchenden, eine existenzielle Angst will gehalten werden, es bedarf des sorgfältigsten Umgangs mit Diskretion, denn es besteht immer die Gefahr eines Verlustes der gesamten sozialen und gesellschaftlichen Einbettung bei einem ungewollten Outing. Andererseits geht es um die Vermittlung von Normalität. Sätze wie: „Das kenne ich, das berichten viele Menschen in solch einer Situation“, oder aber: „Das ist vielleicht eher ein Klischee, viele sehen da auch noch andere Möglichkeiten“, oder: „Wie sehr entspricht das dir oder eher den Erwartungen deiner Umwelt?“, oder: „Das ist vielleicht eine ganz normale Reaktion auf eine immense Belastung und nicht unbedingt eine psychische Erkrankung.“

Es geht um Stärkung vor dem Hintergrund der Erfahrungen von Vielfalt in der Community, es geht darum, Mut zu vermitteln, sich von Klischees zu lösen, Onlinewissen in Bezug zu setzen, evtl. zu relativieren, Individualität zu stärken, die Notwendigkeit von Zeitdruck zu Entscheidungen zu hinterfragen, pathologisierende, auch selbstpathologisierende Aspekte zu benennen, Intimität zu stärken, beispielhaft von Lösungen zu berichten – und besonders vor dem Hintergrund geschlechtlich binärer Vorannahmen – und die Möglichkeiten zu erweitern.

Nun benenne ich aus meiner Sicht dringende Bedarfe:

Noch kaum vorhanden, aber dringend notwendig ist die Beratungsarbeit für und mit Familien. Aus meiner Erfahrung sind Familien sehr belastet, sie müssen sich häufig mit Infragestellungen aus unterschiedlichsten Richtungen auseinandersetzen, sobald ein Mitglied trans* leben möchte, insbesondere ein Kind. Da können Verwandtschaft, Kitas, Schulen, Jugendämter, Familiengerichte, Psychomediziner_innen, medizinische Dienste zu einer Höchstform von Engagement auflaufen, dass es ein wahrer Freud und eine wahre Freude ist.

Eltern brauchen ein zuverlässiges communitybasiertes Beratungsangebot, Stärkung, Beistand und die Möglichkeit einer Vernetzung untereinander. Die beteiligten Fachkräfte benötigen gleichermaßen Beratung.

Auch daher besteht die Notwendigkeit einer umfangreichen Netzwerkarbeit. Häufig gibt es kaum einen Überweisungs- oder Vermittlungskontext. Berater_innen müssen derzeit eher damit rechnen, dass eine andere Beratungsstelle, z.B. eine Erziehungs-, Familien- oder Schuldnerberatung, trans*negativ reagiert.

Im Rahmen solch einer Vernetzungsarbeit ist es häufig noch eine besondere Herausforderung, mit den psychomedizinischen Fachkolleg_innen auf Augenhöhe zu kommunizieren.

Hier spielen eigene Unsicherheiten oder auch Abhängigkeiten eine Rolle, genauso wie unreflektierte Haltungen oder ein gut meinendes Helfenwollen, welches eine pathologisierende Haltung nur verschleiert.

Für die Berater_innen kann der Druck entstehen, für alle Ratsuchenden das richtige Angebot sein zu müssen, auch wenn weder die Kapazität noch die persönliche Passung noch das ausreichende Fachwissen vorhanden sind. Die Entstehung solcher Überlastungen und Selbstüberforderungen verweist auf eine dysfunktionale Beratungslandschaft, in der trans*Lebensweisen als liebenswerte Realität und Bereicherung noch kaum vorkommen.

Solch eine Wahrnehmung wird gestützt durch Berichte von Ratsuchenden.

Sie nehmen – wenn sie davon ausgehen müssen, als Trans*identifiziert zu werden – die vielfältigen Beratungsangebote nicht wahr. Sie befürchten Unverständnis, ungewolltes Outen, massive Diskriminierung, eine schmerzhaft Erfahrung mehr von der Sorte, nicht zu dieser Gesellschaft dazuzugehören, und nicht nur strukturell, sondern auch faktisch und praktisch nicht die gleichen Rechte zu haben. Es geht um die direkte Infragestellung ihrer Lebenskonzepte bis hin zur Bedrohung ihrer Selbstbestimmung. Ich denke da an die Verweigerung von Leistungen, Psychiatrisierung, das Sorge- und Umgangsrecht bezüglich der eigenen Kinder.

Daher braucht es dringend eine Sensibilisierung und Kompetenzerweiterung in den unterschiedlichsten Beratungseinrichtungen. Und diese sind, wie eingangs erwähnt, vielfältig.

Ich denke dabei auch an Behörden und Einrichtungen, die letztlich einem Beratungsauftrag oder zumindest -anspruch haben. Wie z. B. Sozialämter, die Bundesagentur für Arbeit, die Jobcenter, die Bundeswehr, Banken, Rentenversicherungsträger, schulpsychologische Beratungen, Gewerkschaften, Kinder- und Jugendgesundheitsdienste, um nur einige zu nennen. Auf der Ebene der freien Träger und Verbandsarbeit denke ich an Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen, Pfadfinder, Sportvereine, den DFB und natürlich die verschiedenen Regelberatungsstellen, Schuldnerberatungen, Erziehungs- und Familienberatungen, Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen... und schon, wenn man all diese Einrichtungen und Angebote anfängt aufzuzählen, bemerkt man, dass es da eigentlich kein Ende gibt, und man bemerkt zudem, dass all diese Beratungsangebote oder vielleicht auch die Angebote eines ganz normalen Lebens jenseits einer Zwei-Geschlechter-Vorstellung ihre Begrenzungen finden. Trans*Personen würden derzeit mit vielen ihrer spezifischen Anliegen oder Wünsche vermutlich noch scheitern.

Doch genau für Gefahrensituationen des Scheiterns im Leben sind psychosoziale Regelberatungen geschaffen worden.

Angesichts dieser Situation ist letztlich der Leitfaden zur „Psychosozialen Beratung von inter* und trans*Personen und ihren Angehörigen“ entstanden. Vonseiten der communitybasierten Beratung als auch vonseiten der Regelberatung, in diesem Falle von pro familia, wurden Hemmnisse markiert, die bisher noch verhindern, dass trans*Personen die regelhaften Beratungsangebote für sich nutzen. Der Leitfaden möchte Wissen, Haltungen und Anregungen zur Reflexion vermitteln, um eine respektvolle trans* unterstützende und stärkende Beratungsarbeit zu ermöglichen.

Der Leitfaden benennt vorhandene Hemmnisse und kann sich natürlich auch mancher Lösungsvorschläge nicht enthalten. Im Grunde ist er wie ein Brühwürfel und wird mit dem heißen Wasser einer Fortbildung sein volles Aroma entfalten.

Einige wenige Aspekte möchte ich benennen.

Ein großes Hemmnis ist für trans*Personen die Frage, ob sie mit dem Beratungsangebot in ihre Richtung auch wirklich gemeint sind. Ein Regenbogensticker z. B. gibt da keine Sicherheit. Es braucht eine direkte Ansprache, die dabei nicht pathologisiert – „wir helfen bei Sucht, Depression, Transsexualität...“. Die Zugänglichkeit zur Beratungsstelle ist so gut sichtbar, dass man nicht Passant_innen danach fragen muss, die Angaben weiblich/männlich in Kontaktformularen sind keine Pflicht mehr, es ist sicherzustellen, dass immer die richtige Anrede gelingt. Einfache, aber wichtige Aspekte.

Für die wertschätzende Arbeit mit trans*Personen fehlt Berater_innen manchmal eine angemessene Haltung. In Aus- und Fortbildungscurricula der psychosozialen Beratungspraxis wird die Vielfalt von Geschlecht und das Konstrukt der Zweigeschlechtlichkeit kaum thematisiert, Berater_innen müssen sich in Eigeninitiative erst Wissen erarbeiten und eine Haltung, die darüber hinausgeht. Die Bedeutung einer Selbstreflexion des eigenen geschlechtlichen Gewordenseins wird häufig unterschätzt. Die Tatsache, dass der eigene Körper im Grunde mit berät, auch. Hinzu kommt, dass häufig communityspezifisches Wissen unterschätzt wird: Wie einschneidend kann ein Trans*Coming-out erlebt werden, welche psychische Belastung erzeugt die allgegenwärtige Furcht vor Diskriminierung? Welche Belastungen erzeugen intersektionale Merkmale wie z. B. bei trans*Geflüchteten? Oder das Wissen darum, dass ein Trans*Sein individuell mehr als eine Übergangsphase verstanden werden kann oder mehr als ein dauerhaftes und stolzes Selbstkonzept.

Manchmal fehlen vonseiten der Träger vielleicht eine angemessene Diversity-Kompetenz und das Problembewusstsein, über Einschränkungen, die Hierarchien zwischen Geschlechtern erzeugen, nachzudenken. Ich denke, dass auch in den Regelberatungsstellen durch die vorhandenen LSBTI-Mitarbeiter_innen schon eine Menge nichtcisnormatives und nichtheteronormatives Erfahrungswissen vorhanden ist. Fraglich ist, ob die jeweiligen Kolleg_innen sichtbar sind, sich wohl und anerkannt fühlen, sodass sie sich und ihre Kompetenzen auch einbringen möchten.

Für eine respektvolle und an den Menschenrechten orientierte Beratungsarbeit mit trans*Personen müssen aus meiner Sicht viele Vorannahmen, auch persönlich sehr nahegehende, infrage gestellt werden. Das ist ein längerfristiger und vielleicht schmerzhafter, vielleicht lustvoller Prozess, von dem erfahrungsgemäß alle Geschlechter profitieren.

Wie bei allen wichtigen Dingen im Leben gibt es auch hier keine Abkürzung. Ich wünsche Ihnen einen guten Weg.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

3.

Podium I: Beratungs- und Unterstützungsbedarfe in verschiedenen Lebenssituationen

Teilnehmende:

Christian Dittler, Trans-Kinder-Netz Trakine e. V. (Baden-Württemberg)

Conny-Hendrik Kempe-Schälicke, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft Berlin/Oberstufenzentrum Lise Meitner (Berlin)

Christina Roßner, TransFamily (Duisburg)

Christa Scheurer, Studienrätin (Aachen)

Leo Yannick Wild, TransInterQueer e. V. (Berlin)

Pia Gleditzsch, Selbsthilfegruppe TXKöln/Bundesvorstand Trans* (Köln)

Kim Schicklang, ATME e. V. (Ludwigsburg)

Das erste Podium widmete sich der Situation von transsexuellen/trans*Personen in verschiedenen Lebensabschnitten und den Beratungs- und Unterstützungsbedarfen, die sich für sie und ihr Umfeld ergeben. Es versammelte Vertreter_innen aus communitybasierten Beratungs- und Unterstützungsstrukturen und selbstorganisierten Angehörigengruppen.²

Christian Dittler sprach über die Situation transsexueller/trans*Kinder und ihrer Familien. Ausgehend von der eigenen Erfahrung als Vater einer trans*Tochter und aus der Zusammenarbeit mit mehr als 200 Familien bei Trakine e. V. berichtete Dittler, dass sich viele Kinder schon sehr früh – bereits ab dem Alter von drei Jahren – hinsichtlich ihrer geschlechtlichen Identität mitteilten, oft mit großer Klarheit.

Nach den typischen Ängsten und Sorgen sowie Unterstützungsbedarfen von transsexuellen/trans*Kindern befragt, betonte Dittler, dass die Kinder die eigene Identität in diesem Alter meist als etwas sehr Selbstverständliches erlebten. Ältere Kinder und Jugendliche hingegen seien oft von großen Verunsicherungen belastet. Sie fürchten nicht nur Unverständnis und Ablehnung durch Eltern, Geschwister und Freund_innen oder Ausgrenzung in der Schule, sondern auch die anstehenden Veränderungen des eigenen Körpers in der Pubertät: „Jugendliche haben ein starkes Bedürfnis nach einer Pubertät, die ihrem Geschlecht entspricht (...). Kein trans*Mädchen will eine männliche Pubertät erleben.“ Wenn medizinische Maßnahmen nicht so schnell vollzogen werden könnten wie gewünscht, erhöhe dies den Leidensdruck, manchmal bis hin zum Auftreten von Suizidgedanken. Pubertätsblocker brächten hier einen wichtigen Zeitgewinn, die ärztliche Unterstützung sei diesbezüglich jedoch oft gering. Dittler betonte, wie wichtig eine klare Akzeptanz und Unterstützung durch die Eltern in allen Phasen seien. Eltern sollten trotz eigener Verunsicherung eine Transition gemeinsam mit dem Kind „innerfamiliär durchspielen“, Geschwister, Großeltern oder andere wichtige Bezugspersonen mitein-

² Die Dokumentation gibt die Beiträge auf den verschiedenen Podien sowie aus den schriftlichen Vorabbeiträgen der Podiumsteilnehmenden wieder.

beziehen und vorbereitende Gespräche mit Lehrer_innen, Eltern von Freund_innen etc. führen. Die Erfahrung zeige, dass Kinder unter sich oft keine Probleme mit veränderten Selbstbezeichnungen hätten, bei Jugendlichen sei die gegenseitige Akzeptanz schwieriger.

Hinsichtlich der Frage nach einer besseren Unterstützung von Familien ist Dittlers Erfahrung, dass der Austausch mit anderen Eltern gerade in der ersten Phase der Verunsicherung grundlegend sei. Bislang gebe es jedoch kaum Beratungsangebote für Familien und nur selten würden Eltern von Regelberatungsstellen an Trakine e.V. weitergeleitet. Meist entstehe der Kontakt über eigene Internetrecherchen. Es müsse noch viel mehr Bewusstsein dafür geschaffen werden, „dass Trans*kein Erwachsenenphänomen ist“, so Dittler. Er sprach sich für eine altersspezifische Beratung aus: „Kinder sind keine kleinen Erwachsenen.“ Zentraler Ausgangspunkt für eine altersgerechte Beratung sei das Grundverständnis, dass Kinder ihre eigene Transsexualität/ihr Trans*Sein oft nicht als Schwierigkeit erlebten und negative Erfahrungen erst durch fehlende Akzeptanz von außen entstünden. „Die Probleme, die mit dem Thema einhergehen, sind gemacht, nicht von vorneherein gegeben.“

Zum Thema Wissenserweiterung in Institutionen betonte Dittler, dass eine stärkere Sensibilisierung in Kitas, Schulen, Ämtern sowie in Medizin und Psychologie unbedingt notwendig sei. Gerade bei Ärzt_innen seien Wissen und Sensibilisierung zum Thema Transsexualität/Trans* leider noch kaum verbreitet. Die regional extrem unterschiedliche Unterstützung im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie hänge meist von einzelnen Ärzt_innen ab. Trakine e.V. führt deshalb eine „Positiv- und Negativliste“ und leistet Aufklärungsarbeit in Kliniken. Diese sei jedoch durch fehlende Ressourcen für die rein ehrenamtliche Arbeit begrenzt.

Conny-Hendrik Kempe-Schälicke berichtete über Herausforderungen für transsexuelle/trans* Jugendliche wie auch für Erzieher_innen und Lehrkräfte in Kitas und Schulen. **Auf die Frage nach den zentralen Bedarfen** betonte Kempe-Schälicke vor allem die Bedeutung einer besseren Wissensvermittlung: Fehlende Information schaffe viel Unsicherheit und führe oft zu einem unsensiblen Umgang. Dies beginne bereits mit der Verwendung der richtigen Anrede. Fortbildungen für Pädagog_innen und Leitlinien für pädagogisches und (schul-)psychologisches Personal sowie für alle Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und konkrete Prozessbeschreibungen für einen guten Umgang mit dem Outing einer transidenten Person könnten diesen Unsicherheiten entgegenwirken.

Als Good-Practice-Beispiel kann gelten, dass es bereits an 650 von 800 Berliner Schulen Kontaktpersonen für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt/Diversity gibt, die in Fachgesprächen und Fortbildungen informiert und sensibilisiert werden. Kempe-Schälicke wies auch darauf hin, dass Berlin über zahlreiche Fortbildungsangebote für pädagogisches Personal und Verwaltungsfachkräfte in Kooperation mit außerschulischen Partner_innen verfüge sowie über einen Runden Tisch zu Trans- und Intergeschlechtlichkeit, der auf Initiative der Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) eingerichtet wurde und an dem Institutionen und zivilgesellschaftliche Vertreter_innen zusammenarbeiten. Für einen trans*freundlichen Schulalltag seien auch ganz konkrete Maßnahmen wichtig – wie etwa inklusive Räume (z.B. Toiletten und Umkleiden mit genderneutraler Bezeichnung) und Bildungsmaterialien (Kinder- und Schulbücher) zu schaffen, in denen geschlechtliche Vielfalt und Verschiedenheit von Familienformen sichtbar werden. Bilder von Jugendlichen, die nicht geschlechterrollentypisch aussehen, können sehr

wichtige Anknüpfungspunkte für eine positive Selbstwahrnehmung sein. Teilweise gebe es bereits Materialien für Kitas, Grundschulen und weiterführende Schulen, auf die stärker zurückgegriffen werden könne. Verunsicherung bringe zudem das Transsexuellengesetz, das zwar oft herangezogen werde, jedoch viele der Herausforderungen, mit denen transsexuelle/trans*Jugendliche und die Institution Schule konfrontiert seien, gar nicht regle. Eine Gesetzesänderung sei zwar dringend notwendig, so Kempe-Schälicke – vieles könne auf Verwaltungstechnischer und pädagogischer Ebene jedoch schon jetzt verändert und umgesetzt werden. Die LADS hat im Rahmen verschiedener Projekte (wie z. B. „Trans*in Arbeit“) viele wertvolle Dokumente entwickelt, die bereits online zur Verfügung stehen.

Christina Roßner sprach aus der Erfahrung ihrer Arbeit in der Selbsthilfegruppe TransFamily über die Herausforderungen für transsexuelle/trans*Jugendliche und ihre Familien. Auch sie hob **auf die Frage nach besonderen Unterstützungsbedarfen von Jugendlichen** den Aspekt der Akzeptanz durch die Familie als zentral hervor. Die Zeit des Outings sei für Jugendliche verunsichernd und verwirrend, sie fürchteten Ablehnung in Familie, Freundeskreis und Schule. „Viele haben einfach Angst, wie das eigene Leben weitergeht.“ Eltern, so Roßner, sollten den Kindern mit Liebe und Unterstützung begegnen und „sich informieren, aber nicht überinformieren“, wenn die Transidentität des Kindes zum alles bestimmenden Thema werde, sei dies meist eher kontraproduktiv. Dennoch sei wichtig zu verstehen, dass die Transition eines Kindes die ganze Familie betreffe. Bei Eltern komme es oft zu Selbstvorwürfen oder Sprachlosigkeit, die zur Entzweiung in der Partnerschaft führen könnten. Der Austausch mit anderen Eltern in Selbsthilfegruppen und Beratungsstellen kann helfen, Klarheit zu finden und Mut für einen offenen Umgang mit dem Thema zu fassen. Für Kinder sei dieser offene Umgang wichtig, beispielsweise, dass die Eltern die Tochter oder den Sohn gegenüber Nachbarinnen und Nachbarn oder Verwandten in der selbst gewählten Identität vorstellen.

Von der Moderation wurde auch das Thema Transition und Elternschaft angesprochen. Roßner betonte, dass es für Kinder oft sehr viel weniger problematisch sei als für ihr Umfeld, wenn ein Elternteil transitioniere, sie fänden ihren eigenen Umgang mit „Ma-Pa oder Pa-Ma“. Dennoch ist Roßners Empfehlung, therapeutische Unterstützung hinzuziehen. Eltern sollten versuchen, auf Erziehende und Lehrende offen zuzugehen, um Unsicherheiten und einem unsensiblen Umgang in Kita oder Schule entgegenzuwirken. Mögliche Wege könnten sein, einen Elternabend zum Thema anzubieten oder mit der Schule zu vereinbaren, dass das Thema Trans*zunächst im Unterricht mit der Klasse besprochen werde. Wichtig sei dabei, den für die transsexuelle/trans*Person jeweils passenden individuellen Weg zu finden.

Studienrätin Christa Scheurer sprach vor dem Hintergrund der eigenen Erfahrungen über die Herausforderungen einer Transition im Berufsleben. Den durchgehend positiven und sehr sensiblen Reaktionen ihrer Schüler_innen und einer mehrheitlich unterstützenden Haltung im Kollegium standen eine ablehnende Haltung der Schulleitung und die fehlende Bereitschaft zur Auseinandersetzung gegenüber. Eine umfassende Wissensvermittlung im beruflichen Umfeld (hier: Berufsfeld Schule, Sensibilisierung und Wissensvermittlung z. B. durch Workshops, Unterrichtseinheiten, Elternabende und durch die Bereitschaft, Fragen zu beantworten) betrachtet Scheurer als grundlegend, um Akzeptanz für die transitionierende Person zu fördern. Scheurer betonte, dass eine Transition im beruflichen Umfeld in der Regel mit großen Ängsten besetzt sei. Einen wichtigen Bezugspunkt stellt hier die Fürsorgepflicht dar,

die Arbeitgeber_innen verpflichtet, ihre Mitarbeitenden vor offenen oder versteckten Diskriminierungen zu schützen – jedoch leider in der Praxis nicht immer wahrgenommen wird.

Hinsichtlich der Herausforderungen bei einem Coming-out im höheren Alter wies Scheurer darauf hin, dass eine Transition in fortgeschrittenen Partnerschaften oder nach vielen Jahren des Familienlebens zu tiefen Krisen in einer Partnerschaft führen könne. Veränderungen in der Mutter- oder Vaterrolle könnten für die Beziehung zu den eigenen – auch erwachsenen – Kindern eine große Herausforderung darstellen. Eine trans*kompetente therapeutische Begleitung sei hier unabdingbar. Scheurers Ehepartnerin betonte in diesem Zusammenhang, dass mehr spezifische Angebote für (Ehe-)Partner_innen notwendig seien. Die Schwierigkeiten, mit denen sich Partner_innen während der Transition konfrontiert sähen, seien oft sehr unterschiedlich zu denen der transitionierenden Person und benötigten einen eigenen Raum.

Leo Yannick Wild von TransInterQueer e. V. sprach über spezifische Unterstützungsbedarfe im Bereich Ausbildung, Beruf und Zugang zum Arbeitsmarkt. Er begann mit einigen Zahlen aus der EU-weiten Erhebung der EU Fundamental Rights Agency *Being Trans in the EU* (2014)³, die auf einen erheblichen Handlungsbedarf hinweisen: 37 Prozent der befragten transsexuellen/trans*Personen haben im Jahr vor der Befragung Erfahrungen von Diskriminierung bei der Arbeitsplatzsuche gemacht und 36 Prozent geben an, nicht offen mit ihrer Transsexuellen/Trans*Thematik am Arbeitsplatz umzugehen. In allen Phasen, so Wild, d. h. bei Arbeits- und Ausbildungsplatzsuche wie auch zwischen und in bestehenden Arbeitsverhältnissen, existierten Zugangsbarrieren, Diskriminierungserfahrungen, Erfahrungen von Zwangsoouting und eine große Unsicherheit, ob die eigene Transidentität offen gelebt werden könne. Wild hob die notwendige Sensibilisierung von Jobcentern als wichtige Schlüsselstelle für die Suche nach einem (diskriminierungsfreien) Arbeitsplatz hervor. Die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ der Landesantidiskriminierungsstelle führe bereits Schulungen von Jobcenter-Mitarbeitenden durch, Wilds Einschätzung nach bestehe jedoch noch immer erheblicher Sensibilisierungsbedarf. Wichtig seien außerdem vermehrte anonymisierte Bewerbungsverfahren sowie eine größere Sichtbarkeit trans*freundlicher Unternehmen. Wild berichtete vom Programm „Trans* Job Mentoring“ (durchgeführt von TransInterQueer e. V. & Sonntagsclub e. V., gefördert durch die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld), in dessen Rahmen transsexuelle/trans*Personen von Mentor_innen aus allen gesellschaftlichen Gruppen in verschiedenen Fragen rund um das Thema Trans* und Job unterstützt werden. Die intensive Betreuung habe sich als sehr positiv erwiesen. Als weiteres Good-Practice-Beispiel kann das Programm „Trans* in Arbeit“ der Landesantidiskriminierungsstelle Berlin gelten, von dem Wild berichtete. Hier arbeiten communitybasierte Organisationen und öffentliche wie private Institutionen und Unternehmen erfolgreich zusammen, um sich über zentrale Aspekte auszutauschen (Grundlagen trans*freundlicher Unternehmen, Verbesserung des Zugangs zum Arbeitsmarkt, Begleitung einer Transition am Arbeitsplatz, Schulungen von Gleichstellungsbeauftragten, Personal- und Betriebsräten). Beide Programme könnten unter Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen als Modell für andere Regionen dienen, so Wild.

3 https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra-2014-being-trans-eu-comparative_en.pdf. Die in der Diskussion genannten Zahlen wurden den im Bericht aufgeführten Daten angepasst.

Pia Gleditzsch (TXKöln und Vorstand Bundesverband Trans*) sprach über die Bedarfe insbesondere älterer Menschen in Bezug auf ihre Transition. Die Tatsache, bereits viele Jahrzehnte der Sozialisation in einem Geschlecht hinter sich zu haben, teilweise verbunden mit körperlichen Veränderungen (z. B. Haarausfall bei transsexuellen/trans*Frauen), erhöhe oft die Angst vor einer Nichtakzeptanz des Umfelds. Andererseits fühlten sich viele ältere Menschen nach dem Ausscheiden aus ihrem Beruf auch freier, eine Transition zu leben.

Auf die Frage nach besonderen Herausforderungen für Ältere betonte Gleditzsch vor allem den Bereich Gesundheit, wenn beispielsweise aufgrund altersbedingter gesundheitlicher Probleme eine Hormoneinnahme oder ein operativer Eingriff nicht möglich seien. Auch Unverständnis und fehlende Unterstützung seitens der Krankenkassen stellten eine große Belastung dar. Viele ältere Transsexuelle/Trans* versuchten, Pflegebedürftigkeit und Krankenhausaufenthalte zu vermeiden, um einer Bloßstellung oder „Behandlung im falschen Geschlecht“ zu entgehen. TXKöln leistet Unterstützung durch Vorgespräche mit Ärzt_innen und Pflegepersonal und versucht, Aufklärung in Notfallaufnahmen und Krankenpflegeschulen der Region zu betreiben. Die Offenheit bei medizinischem Personal sei jedoch im Gegensatz zu anderen Berufsgruppen und Institutionen (z. B. Polizei) sehr gering. Gleditzsch betonte zudem, dass die Arbeit von TXKöln als Selbsthilfegruppe darauf ausgerichtet sei, den Menschen zu eigenem Empowerment zu verhelfen, sodass ihre Transsexualität/ihr Trans*-Sein nicht als Krankheit oder Belastung angesehen werde, sondern als Teil des „normalen Lebens“. Insofern sei zu hinterfragen, dass Therapie – die ja von einem „Krankheitskonzept“ ausgehe – noch immer als vorherrschender Unterstützungsansatz gelte. Von der Politik forderte Gleditzsch neben verbaler Unterstützung konkretere Maßnahmen, z. B. durch gesicherte Ressourcen für Selbsthilfeorganisationen.

Kim Schicklang von ATME e. V. sprach unter anderem über die Erfahrungen an Hochschulen und Universitäten. Sie betonte, dass für viele transsexuelle/trans*Menschen eine Personenstandsänderung für die Wahrnehmung der eigenen Identität nicht maßgeblich relevant sei. Die Erfahrung zeige, dass die Einordnung durch andere in der Begegnung und weniger durch den Ausweis erfolge. Zudem widerspreche die Logik des geltenden Transsexuellengesetzes, „das mir sagt, ich wäre ein Mann, der als Frau leben möchte“, dem eigenen Erleben vieler transsexueller/trans*Menschen, weshalb sie eine Personenstandsänderung ablehnten. Unkomplizierte Lösungen wie z. B. eine Änderung des Studierendenausweises seien oft durchaus möglich, sofern die zuständigen Personen Mut zu unbürokratischem Handeln bewiesen. Hierfür sei jedoch mehr Aufklärung über Spielräume innerhalb von Behörden und öffentlichen Institutionen nötig. In Bezug auf Beratungsangebote gab Schicklang zu bedenken, dass auch im Sprechen über Transsexualität/Trans* oftmals bereits eine bestimmte Vorstellung von „Geschlecht“ enthalten sei, mit der Definitionsmacht ausgeübt werde. Beratung müsse sich jedoch immer an der Selbstdefinition der zu unterstützenden Person orientieren und solle sich danach richten, welche Bedürfnisse jemand als Mensch und nicht in erster Linie als transsexuelle/trans*Person habe. Sie äußerte die Sorge, dass spezialisierte „Schubladenberatung“ zu erneuter Ausgrenzung und zur Verschiebung der Verantwortlichkeit an bestimmte Gruppen führen könne („Beratungsghettos“). Die Unterstützung von transsexuellen/trans*Personen sei jedoch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. In einer qualifizierten allgemeinen und intersektional ausgerichteten Beratung im Bereich Geschlecht könne das Thema Transsexualität/Trans* dann einer von vielen Aspekten sein. Zentral seien weniger „besonders verordnete Sensibilisierungsmaßnahmen“ als vielmehr ein Verständnis für gleiche Rechte.

4.

Podium II: Perspektiven von Beratung von und für transsexuelle/trans Personen in Deutschland

Teilnehmende:

Vera Fritz, Sonntags-Club e. V. (Berlin)

Merit Kummer, rubicon e. V./anyway e. V. (Köln)

Margret Göth, Psychologische Lesben- und Schwulenberatung Rhein-Neckar e. V. (PLUS) (Mannheim)

Stephan Mertens, Akademie Waldschlösschen (Reinhausen)

Dr. Uta Schirmer, Georg-August-Universität Göttingen/Trans* Beratung Göttingen

Jay Keim, LesMigraS, Antidiskriminierungs- und Antigewaltbereich der Lesbenberatung Berlin e. V.

Das zweite Podium versammelte Vertreter_innen aus der communitybasierten Beratung und widmete sich den Perspektiven und Herausforderungen spezialisierter Beratungsstellen sowie Fragen der Qualitätssicherung und internen Weiterbildung.⁴

Vera Fritz vom Verein Sonntags-Club e. V. sprach über die Entwicklung von Qualitätsstandards für Peer-Beratung⁵ wie auch für Gutachter_innen, Psychotherapeut_innen und Regelberatungsstellen. Als wichtige Basis für die langfristige Entwicklung von Qualitätsstandards und Qualitätsnetzwerken könne die strukturierte Aufarbeitung des bereits bestehenden umfassenden Erfahrungswissens von Peer-Beratungsstellen dienen. „Qualitätsstandards haben den Vorteil, dass sie eine bestimmte Arbeit in eine Form bringen und das könnte auch den gesellschaftlichen Wert von communitybasierter Arbeit deutlich machen.“ Die Entwicklung von Qualitätsstandards müsse in einem dialogischen Prozess erfolgen. Ohne die Beteiligung communitybasierter Mitglieder gerate in der Regelberatung die Trans* Perspektive unweigerlich aus dem Blick.

Auf die Frage nach Herausforderungen einer stärkeren Vernetzung wies Fritz darauf hin, dass gerade seitens der Regelberatung eine gewisse Offenheit zur Selbstkritik notwendig sei: „Regelberatung muss, wenn sie sich auf diesen Prozess einlässt, davon ausgehen, dass sie sich infrage stellen lassen muss.“ Dies gelte für Herangehensweisen wie auch für Haltungen und grundlegende Konzepte wie z. B. das Konzept der körperlichen Unversehrtheit, das Konzept von Identität als etwas Manifestem oder das Konzept der Zweigeschlechtlichkeit. Fritz räumte ein, dass es in der konkreten Zusammenarbeit manchmal durchaus schwierig sei, „diametral gegenüberstehende Positionen gegenseitig auszuhalten“. Dennoch könne nur so eine Annäherung erfolgen

4 Die Dokumentation gibt die Beiträge auf den verschiedenen Podien sowie aus den schriftlichen Vorabbeiträgen der Podiumsteilnehmenden wieder.

5 Die Begriffe „Peer-Beratung“ und „communitybasierte Beratung“ werden in der vorliegenden Publikation synonym verwendet.

und entsprechend müssten auch die „schwierigen Akteur_innen mit ins Boot geholt werden“. Sie sprach sich für deutlich mehr Vernetzung aus, z. B. auch in Form interdisziplinärer Fallbesprechungen. Durch die Bildung von Schnittstellen könne die Beratungsversorgung erheblich erhöht und verbessert werden. Nicht zuletzt sei hierfür auch eine umfassendere Finanzierung sowohl für die regionale communitybasierte Beratung wie auch für eine überregionale Struktur notwendig.

Merit Kummer (rubicon e.V./anyway e.V.) sprach vor dem Hintergrund der LGBTTIQ*-Jugendgruppenarbeit und der lesbisch-schwul-queeren Beratungsarbeit über Zugangsmöglichkeiten zu transsexuellen/trans* Jugendlichen. Ein wichtiger Anknüpfungspunkt seien Internet und soziale Netzwerke.

Auf die Frage nach den Möglichkeiten, darüber hinaus niedrigschwellige Zugänge für Jugendliche zu schaffen, betonte Kummer, dass vor allem der persönliche Kontakt über die Jugendgruppenarbeit den Zugang zur Beratung jenseits psychotherapeutischer Settings erleichtere. Das Wissen um die persönlich-biografische Erfahrung der Beratenden sei oft wichtiges Element dafür, dass Jugendliche in die Beratungsstelle kämen. Ein gemischtes LGBTTIQ*-Umfeld erleichtere einigen transsexuellen/trans* Jugendlichen den Zugang – nicht jedoch jenen, die sich als eindeutig heterosexuell verorteten. Die Vernetzung mit anderen Beratungsgruppen, z. B. für geflüchtete Jugendliche oder Regenbogenfamilien, und die Verbindung mit verschiedenen Themen, z. B. Gesundheitsprävention/sexuell übertragbare Krankheiten und safe sex (Consent Workshops) oder Körperwahrnehmung und Sensibilisierung, ermöglichten eine umfassendere Beratung, die an die jeweiligen Bedürfnisse angepasst sei.

Hinsichtlich der Frage von Selbstreflexion in der Peer-Beratung betonte Kummer, dass das Bewusstmachen der eigenen – vielleicht unbewussten – Prägung und von eigenen Diskriminierungserfahrungen und -potenzialen auch für transsexuelle/trans* Berater_innen unabdingbar sei. Auch transsexuelle/trans* Personen seien von Trans*Feindlichkeit nicht immer frei, so Kummer: „Das heteronormative zweigeschlechtliche Wertesystem steckt ganz tief in uns allen verankert.“ Inzwischen gebe es in der Weiterbildungsarbeit vielfältige Methoden, um sich dieser Prägungen bewusst zu werden und sich von festen Konzepten zu befreien. Solche Ansätze könnten auch in der Fortbildung von cisgeschlechtlichen Berater_innen⁶ und Regelberatungsstellen hilfreich sein.

Auf die Frage nach der wichtigsten Qualifikation für cisgeschlechtliche Berater_innen in einem Trans*Kontext betonte Kummer, selbstverständlich verfügten Peer-Berater_innen über hilfreiches eigenes Erfahrungswissen, welches cis-Berater_innen nicht teilten – das Wichtigste sei jedoch, „das Herz am rechten Fleck zu haben“, Menschen wirklich begegnen und unterstützen zu wollen und sich Möglichkeiten zu schaffen, fehlendes Wissen einzuholen, um eigene Unsicherheiten abzubauen. Gerade in ländlichen Regionen sei solche Hintergrundberatung unabdingbar.

6 „Cis“ (lat. „diesseitig“) oder „cisgeschlechtlich“ bezeichnet in Abgrenzung von „trans“ (lat. „jenseitig“) Menschen, die sich mit dem ihnen zugewiesenen Geschlecht identifizieren.

Margret Göth berichtete von den Erfahrungen des Beratungsnetzwerks Baden-Württemberg, das sich seit November 2015 im Aufbau befindet. Alle Berater_innen des Netzwerks sind in der LSBTTIQ*-Community verortet, einige verfügen über fachliche Ausbildungen im Bereich Beratung, andere nicht. Beides, so betonte Göth, sei im Netzwerk gleichermaßen wichtig und beides würde finanziell vergütet. „Peer-Beratung muss nicht immer ehrenamtlich sein und sich selbst ausbeuten.“ Doch trotz der Förderung durch die Landesregierung Baden-Württemberg stoße das Netzwerk bereits jetzt an finanzielle Grenzen, da die bestehende Nachfrage die Möglichkeiten weit übersteige. Eine besondere Schwierigkeit liege außerdem darin, ländliche Regionen zu erreichen.

Zur Frage nach ersten Erfahrungen in der Qualitätsentwicklung berichtete Göth, noch in diesem Jahr sei die Veröffentlichung eigener Qualitätsstandards geplant. Zudem würden Mechanismen geschaffen, um die Einhaltung dieser Standards durch ein Feedback-System sowie die Einrichtung einer Beschwerde- und Schlichtungsstelle zu überprüfen, an die sich die Berater_innen richten können. Als besonders wichtig für den Aufbau des Netzwerks hätten sich Intervention und Hintergrundberatung durch erfahrene Beratungsstellen erwiesen.

Hinsichtlich der Chancen und Fallstricke einer Öffnung von zunächst schwul-lesbisch ausgerichteten Beratungsangeboten für Trans*Themen nannte Göth die Schwierigkeit, dass das Netzwerk bislang mehrheitlich über lesbische, schwule oder bisexuelle Berater_innen verfüge. Transsexuelle/trans* Berater_innen müssten noch viel mehr einbezogen und gestärkt werden. Die Stärkung von Selbsthilfegruppen sowie die Gründung einer fachlichen Beratungsstelle im Mai 2016, die sich schwerpunktmäßig den Themen Trans* und Inter* widmet, seien jedoch ein deutlicher Schritt nach vorn. Wie Merit Kummer betonte auch Margret Göth, dass gerade in der Peer-Beratung, die ihre Stärke aus der biografischen Erfahrung ziehe, die Reflexion eigener verinnerlichter Stereotypen und Diskriminierungserfahrungen unbedingte Voraussetzung sei. Dies gelte für transsexuelle/trans* wie für schwule oder lesbische Berater_innen. Dabei sei wichtig, sich auch die Unterschiede in den jeweiligen Erfahrungen bewusst zu machen. Das Risiko, Diskriminierung zu erfahren, sei für transsexuelle/trans*Personen aufgrund ihrer oft größeren Sichtbarkeit höher. In der Regel sei auch eine größere Gewaltbereitschaft gegenüber Menschen zu beobachten, die sich jenseits der zweigeschlechtlichen Norm bewegen. Göth forderte zudem eine kritische Reflexion von bestehenden Ausschlüssen innerhalb der LSBTTIQ*-Community. Dazu gehöre auch, sich als schwule_r oder lesbische_r Berater_in mit den „eigenen Schranken im Kopf“ auseinanderzusetzen. Eine manchmal geäußerte Sorge vor möglichen Verteilungskämpfen um Ressourcen betrachtet sie hingegen als unbegründet. Es sei eindeutig, dass auch die LSB-Beratung von einer gemeinsamen Reflexion und Weiterentwicklung erheblich profitieren könne.

Stephan Mertens berichtete von der Weiterbildungsreihe „Trans*geschlechtliche Menschen kompetent beraten?! Qualifizierung zur Trans*Berater_in“, die von der Stiftung Akademie Waldschlösschen in Kooperation mit dem Landesverband für transgeschlechtliche Selbstbestimmung in Niedersachsen (LtSN) seit 2014 entwickelt und mit finanzieller Unterstützung des Landes Niedersachsen durchgeführt wird. Die fünf Module umfassen eine allgemeine Vermittlung von Beratungsmethoden, die dann spezifisch auf die Trans* Beratung bezogen werden (z. B. in Bezug auf die Haltung von Berater_innen) sowie inhaltliche Einheiten zum Thema geschlechtliche Identität und Selbstbeschreibung, den Umgang mit rechtlichen und

medizinischen Aspekten in der Beratung sowie den Einbezug von Angehörigen und Familie. Alle Module sind intersektional ausgerichtet. Die Qualifizierung ist bewusst so konzipiert, dass Mitarbeitende aus Peer-Beratungsstellen und Regelberatungsstellen gemeinsam lernen, um Austausch und Vernetzung zu ermöglichen. Langfristig sei, so Mertens, außerdem eine stärkere Vernetzung mit Weiterbildungsprogrammen auf bundesweiter Ebene und ein intensiver Austausch über Qualitätsstandards wünschenswert. Dadurch sollten insbesondere auch die ehrenamtlichen Strukturen gestärkt werden, für die noch mehr Anerkennung notwendig sei.

Dr. Uta Schirmer von der Universität Göttingen sprach über Empowerment in Beratungsstrukturen. Ausgehend von eigenen Forschungen zu Unterstützungsbeziehungen und Empowerment in der „Drag King“-Szene wies Schirmer darauf hin, dass Community-Räume oft kollektive Praxen ermöglichen, die Raum für das Ausprobieren und Experimentieren unterschiedlicher geschlechtlicher Gestaltungsmöglichkeiten böten. Anders als im Regelberatungssystem erfolge dies jenseits von medizinisch-psychologischen Settings oder Formen der Pathologisierung, ohne bewertende Begutachtungen und ohne Druck zu einer eindeutigen Entscheidung. Diese Experimentierräume stellten ein „unglaubliches Potenzial“ für Beratungsarbeit dar, da sie dazu beitragen könnten, die tief verankerte Struktur einer zweigeschlechtlich fokussierten Wahrnehmung aufzuweichen. Communitybasierte Arbeit verfüge also über wichtige Kompetenzen, die nicht nur kognitiv erlernt würden, sondern „als verkörpertes Erfahrungswissen“ zugänglich seien und durch formalisierte Weiterbildung allein nicht vermittelt werden könnten. Unterstützende Anerkennungsbeziehungen im Beratungskontext würden durch dieses Erfahrungswissen erleichtert. Zugleich sei es wichtig, zu berücksichtigen, dass auch innerhalb der Communitys eigene Normen ausgebildet werden und nicht immer alle gleichermaßen Zugang haben. So müsse sich die Trans Community unbedingt noch stärker für Menschen mit Rassismuserfahrung öffnen und eigene Selbstverständlichkeiten und Vorannahmen hinterfragen. Schirmer betonte, dass eine Vielfalt von Beratungsangeboten auch innerhalb der communitybasierten Beratung notwendig sei. Schirmer hat das im Januar 2016 gestartete erste Trans* Beratungsangebot in Göttingen mitgegründet, welches bislang ehrenamtlich getragen wird.

Nach den bisherigen Erfahrungen befragt, bestätigte Schirmer die bereits von Vorredner_innen geäußerte Beobachtung, dass ein Beratungsbedarf oftmals erst durch die Zumutungen der medizinischen und rechtlichen Regularien und der unzureichenden medizinischen Versorgungslandschaft (z. B. bürokratische Hürden bei Kostenübernahmen und im Kontakt mit Amtsgerichten, Abgewiesenwerden von Ärzt_innen wegen Überlastung) entstehe. Viele der Beratenden hätten zudem negative Erfahrungen und/oder Vorbehalte gegenüber cis-Beratungskontexten, da beispielsweise ein „ergebnisoffenes Erforschen der eigenen geschlechtlichen Identität“ dort oft nicht möglich sei. Dies zeige die Notwendigkeit, communitybasierte Beratungsangebote noch stärker zu fördern und strukturell in der Beratungslandschaft zu verankern. Schirmer sprach sich in diesem Zusammenhang auch für die vom Bundesverband Trans* geforderte Einrichtung einer Fachstelle Trans* Beratung aus.

Jay Keim berichtete aus der Antigewalt- und Beratungsarbeit von LesMigraS e. V. im Bereich Trans* für Menschen mit Mehrfachdiskriminierung und Menschen mit Fluchtgeschichte. Die Erfahrung der psychosozialen und rechtlichen Beratung zeige deutlich, dass Intersektionalität „niemals nachgeordnet“ sein dürfe, sondern grundlegender Bestandteil und „Ausgangspunkt“ aller Beratungsangebote sein müsse: „Wenn wir Lösungen für mehrfachdiskriminierte Menschen finden, haben wir Lösungen für alle – umgekehrt nicht.“

Nach der Bedeutung des Themas Gewalt in der Trans* Beratung befragt, berichtete Keim, dass viele der bei LesMigraS e.V. beratenen Personen, insbesondere bei gender-uneindeutigem Auftreten, alltäglich Gewalt, Diskriminierung und teilweise auch lebensgefährliche Bedrohungen erlebten. Je stärker transsexuelle/trans*Menschen von Mehrfachdiskriminierung (rassistische Zuschreibungen, Zuschreibungen wg. Alter, Herkunft, des sozialen Status oder körperlicher Beeinträchtigung) betroffen seien, desto existenzieller werde die Bedrohung (Wohnungslosigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse oder Arbeitslosigkeit, ungesicherter Aufenthaltsstatus, Rassismuserfahrungen, kein Zugang zu staatlicher Unterstützung, Diskriminierungserfahrungen in nicht-staatlicher Unterstützung, Abhängigkeit in selbstorganisierten/ehrenamtlichen Strukturen). LesMigraS e.V. verfolgt in der Anti-Gewaltarbeit einen transformativen Ansatz, der nicht nur punktuelle Beratung und Unterstützung in konkreten Fällen von Gewalt gegen LSBTTIQ* bietet, sondern auf eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse und Strukturen abzielt, die zu institutioneller wie physischer Gewalt und Diskriminierung führen. Derzeit baut LesMigraS e.V. ein großes Beratungsprojekt für geflüchtete LSBTTIQ* auf.

Hinsichtlich der Frage nach spezifischen Bedarfen von geflüchteten Transsexuellen/Trans* benannte Keim die verbale, körperliche und sexualisierte Gewalt in Gemeinschafts- und Notunterkünften als zentrales Problem. Bisherige Lösungsansätze wie Hostel-Gutscheine brächten weitere Schwierigkeiten mit sich, da in den Hostels Verpflegung, soziale Betreuung und ein wirklich sicherer Raum fehlten. In Berlin gebe es inzwischen eine Unterkunft für geflüchtete LSBTTIQ*. Eine weitere Schwierigkeit für geflüchtete Transsexuelle/Trans* sei der fehlende Zugang zu sicheren Hormonbehandlungen. Hierfür sei der Nachweis „medizinischen Bedarfs“ nötig, was wiederum oft aufgrund der Fluchtgeschichte der Menschen nicht möglich sei, viele griffen daher auf die Einnahme illegalisierter Hormone mit entsprechenden Gesundheitsrisiken zurück. Die Unterstützung geflüchteter transsexueller/trans*Personen, so Keim, gehe weit über reine Beratung hinaus, vielmehr müssten umfassendere Netzwerke geschaffen werden. Die Erfahrung aus selbstorganisierten Unterstützungsnetzwerken zeige, dass besonders auf ausreichende Sensibilisierung und erforderliche Sprachkompetenzen geachtet werden müsse sowie darauf, möglichst keine hierarchischen Verhältnisse zwischen Geflüchteten und Unterstützer_innen zu schaffen. Um dies zu erreichen, sei noch stärker mit migrantischen und Geflüchteten-Selbstorganisationen zusammenzuarbeiten, die beispielsweise auf rechtliche Unterstützung im Bereich Flucht und Asyl spezialisiert sind. Gerade bei mehrfachdiskriminierten Menschen sei zudem die Zusammenarbeit zwischen communitybasierter Beratung und Regelberatung sehr wichtig. „Viele Personen, die bei uns ankommen, haben einen enormen Beratungsmarathon hinter sich. Sie waren an unterschiedlichen Stellen und es gab immer einen Aspekt in ihrer Identität oder ihrer Situation, weswegen sich eine Beratungsstelle nicht zuständig gefühlt hat.“ Statt immer weiterzuvermitteln, müsse hier der Fokus auf ein gemeinsames Case Management gelegt werden, so Keim. „Ich denke, da können wir unter anderem von der Jugendhilfe lernen, wo dies schon viel praktiziert wird.“

5.

Podium III: Ideenwerkstatt – Wie lassen sich die Erfahrungen spezialisierter Beratung in die breite psychosoziale Beratungslandschaft integrieren?

Teilnehmende:

Ulrike Stender, Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung e. V. (Berlin)

Ulrike Heckel, Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung e. V. (München)

Dr. Markus Wonka, Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Ehe-, Familien- und Lebensberatung, Telefonseelsorge und Offene Tür e. V. (Münster)

Silke Naudiet, Bundeskonferenz für Erziehungsberatung e. V. (Fürth)

Jannes Hesterberg, Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V. (Berlin)

Corinna Heider-Treybig, pro familia (Lüneburg)

Diana Sankowski, Schulpsychologisches und Inklusionspädagogisches Beratungs- und Unterstützungszentrum Friedrichshain-Kreuzberg (SIBUZ) (Berlin)

Das dritte Podium widmete sich als Ideenwerkstatt der Frage, wie die vielfältigen Erfahrungen aus der communitybasierten Beratung in die breite Beratungslandschaft integriert und die Trans* Kompetenz in Regelberatungsstellen verbessert werden könne. Vertreter_innen von Regelberatungsstellen waren eingeladen, Herausforderungen in der eigenen Arbeit und Möglichkeiten des Wissenstransfers zu diskutieren.⁷

Ulrike Stender berichtete aus der Erfahrung der evangelischen Beratungsstellen, die bundesweit mit einem breiten Angebot für alle Lebensphasen in der Erziehungs-, Familien-, Partnerschafts-, Lebens- und Schwangerschafts(konflikt)beratung tätig sind. **Die Frage der Moderation, wie sich eine Regelberatungsstelle aufstellen sollte, damit transsexuelle/trans*Personen sie als geeignet wahrnehmen**, gab Stender zunächst einmal an die Anwesenden zurück. Gerade im Bereich der Ansprache und öffentlichen Präsentation von Beratungsangeboten wünschten sie und ihre Kolleg_innen sich Unterstützung und Anregung aus der Community (wichtige Fragen sind z. B.: Worauf ist bei einer angemessenen Ansprache zu achten? Inwiefern kann explizit formuliert werden, dass Menschen aller Lebensformen und geschlechtlichen Identitäten willkommen sind, ohne dabei eine möglicherweise ausgrenzende Heraushebung zu bewirken? Welche Begriffe oder Symbole sollten verwendet werden, welche sind eher kontraproduktiv?). Stender betonte, dass zum Selbstverständnis der evangelischen Beratungsstellen eine grundsätzliche Aufgeschlossenheit allen Menschen und Gruppen gegenüber gehöre, räumte jedoch ein, dass es im Bereich Trans* an Tradition und Erfahrung fehle. Diese müsse nun aufgebaut werden.

⁷ Die Dokumentation gibt die Beiträge auf den verschiedenen Podien sowie aus den schriftlichen Vorabbeiträgen der Podiumsteilnehmenden wieder.

Zentrale Anknüpfungspunkte an die bestehende Arbeit sieht Stender vor allem beim Thema Identitätsfindung. Für viele Menschen sei der persönliche Ausgangspunkt, sich Beratung zu suchen, die ganz grundlegende und offene Frage „Was ist mit mir los?“. Hier müssten Fachkräfte noch stärker geschult werden, auch den Aspekt der geschlechtlichen Identität in Betracht zu ziehen. Der Erwerb spezifischen Wissens über die Situation von transsexuellen/trans*Personen und über möglicherweise schwierige biografische Erfahrungen (fehlende Akzeptanz in Herkunftsfamilie und Umfeld, Partnerschaftsprobleme, evtl. medizinisch-operative Eingriffe und damit verbundene psychische Auswirkungen) sowie eine methodische wie sprachliche Sensibilisierung sei für Berater_innen unbedingt notwendig. „Wir brauchen Zusatzwissen, um diese Beratung kompetent und angemessen durchzuführen. Auf der Informationsebene, aber auch auf Ebene der Reflexion eigener Haltungen und Vorurteile.“ Hierfür sei grundlegend, dass Berater_innen bereit seien, sich selbst zu hinterfragen und sich mit ihren eigenen, vielleicht auch unbewussten Vorannahmen kritisch auseinanderzusetzen.

Auf die Frage der Moderation, wie Regelberatungsstellen eine bessere Sensibilität und Verweis-kompetenz für die Unterstützung von Eltern entwickeln könnten, brachte Stender den Vorschlag ein, im Dialog mit Community-Beratungsstellen ein kleines Curriculum zur Weiterqualifizierung mit dem Schwerpunkt auf dem Thema transsexuelle/trans*Kinder zu entwickeln. Diese könne dann als Modul in vorhandene umfassende Beratungsausbildungen integriert und flächendeckend (wie z. B. in die Zusatzqualifikation „Integrierte familienorientierte Beratung (IFB)“ des Evangelischen Zentralinstituts für Familienberatung) oder auch einzeln angeboten werden. Stender wies allerdings auf die Schwierigkeit hin, dass aufgrund der Länderzuständigkeit für die Durchführung solcher Curricula große regionale Unterschiede in der Finanzierung entstehen könnten (wie bei der Umsetzung des Schwangerschaftskonfliktberatungsgesetzes deutlich werde). Sie forderte „ein Konzept auf Bundesebene, welches absichert, dass ein guter Ansatz und die Kompetenz für gute Beratung in die Fläche getragen wird“. Dies müsse mit entsprechenden Maßnahmen zur flächendeckenden Vernetzung und mit ausreichender finanzieller Unterstützung verbunden sein.

Ulrike Heckel von der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung e.V. (DAJEB) betonte, dass Möglichkeiten zum Austausch wie der durchgeführte Fachtag den Regelberatungsstellen eine deutliche „Horizonterweiterung“ ermöglichen. Zwar brächten die meisten Fachberater_innen in der Praxis eine grundsätzlich wertschätzende Haltung mit, zusätzliches spezifisches Wissen und Reflexion seien jedoch unabdingbar. Heckel nannte hier insbesondere die Klärung von Konzepten und Begrifflichkeiten (Unterscheidung zwischen sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität, Reflexion über die Begrenztheit des Zweigeschlechtersystems und die Vielfalt geschlechtlicher Identitätsbildung) sowie die Bedeutung von Sprache und eigenem Kommunikationsverhalten (Welche Sprache verwende ich? Was höre ich, was nicht?).

Auf die Frage der Moderation, wie ein solcher „Kompetenztransfer“ konkret aussehen könne, wies Heckel wie bereits einige ihrer Vorredner_innen auf die Notwendigkeit besserer Vernetzung hin, um Wissen in die Gremien zu bringen. Bei der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung e.V. gebe es bereits sehr positive Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit dem Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD). Wichtig sei, nicht „in ein Entweder-oder“ zwischen Regel- und communitybasierter Beratung zu verfallen, sondern spezifisches Know-how und die jeweils abgedeckten Bereiche genau zu identifizieren und

sich auf dieser Grundlage zu vernetzen. Heckel betonte, dass es um eine gesamtgesellschaftliche Diskussion gehe – „das wird auch dadurch deutlich, dass ein Bundesministerium sich dessen annimmt“. Um gemeinsam Veränderungen auf den Weg bringen zu können, brauche es deshalb finanzielle Ressourcen für beide Felder. **Den Hinweis der Moderation, dass Regelberatungsstellen teilweise erst einmal an den Punkt gebracht werden müssten, eigene Wissensdefizite überhaupt zu erkennen**, bestätigte Heckel. Ansatzpunkte hierfür sieht sie beispielsweise in der Arbeit an gemeinsamen Themen, die in allen Beratungsstellen relevant seien und um die Dimension geschlechtlicher Identitätsentwicklung erweitert werden könnten (wie z. B. das Thema Gewalt- oder Krisensituationen). Derartige konkrete Anknüpfungspunkte könnten vermitteln, dass es weniger um ein spezielles Thema gehe, sondern „um das, was Menschen bewegt“ und was mit jeweils verschiedenen Erfahrungen verbunden sei. So könne Trans* „als Thema der Vielfalt und nicht als Sonderthema“ behandelt werden. Für das Gelingen eines solchen Kompetenztransfers sei außerdem notwendig, mehr transsexuelle/trans*Personen in die Teams der Regelberatung zu integrieren.

Dr. Markus Wonka wies zu Beginn seines Redebeitrags darauf hin, dass im Fall der katholischen Beratungsstellen in der Begegnung mit Menschen eine Selbstreflexion auch in Hinblick auf die Geschichte der katholischen Kirche wichtig sei. Oft hätten die Beratungsstellen „eine Zwischenrolle, manches an Kirchenleitung und Bistumsverantwortliche heranzutragen“. In der Auseinandersetzung mit dem Thema und in der Vernetzungsarbeit sei ein offener Umgang mit eigenen Vorbehalten wichtig, um wechselseitig Barrieren abzubauen und ein Vertrauensverhältnis aufzubauen. Den Aktionsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt (2012) sieht Wonka als einen Initialpunkt, von dem ausgehend in den letzten Jahren verschiedene Vernetzungslinien geschaffen wurden. Seither versuchten auch die katholischen Beratungsstellen, das Thema geschlechtliche Identität stärker zu integrieren. „Ich gebe ganz offen zu, ich selbst lerne von Mal zu Mal dazu, auch heute. (...) Vor drei Jahren lag unser Fokus vor allem noch auf der Erfahrung der Beratungsarbeit für schwullesbische Paare. Dass es darüber hinausgeht, müssen wir auch erst lernen.“ Oft seien die kirchlichen Beratungsstellen im ländlichen Raum die einzigen, die wahrgenommen würden. Genau dies sei allerdings auch ihre Stärke: Während es bundesweit ein flächendeckendes katholisches Beratungsangebot für Personen und Angehörige gebe, blieben Spezialberatungsangebote oft auf größere Städte begrenzt. Die katholischen Beratungsstellen, so Wonka, hätten teilweise die Möglichkeit, in gesellschaftliche Bereiche hineinzuwirken, die LSBTTIQ*-Beratungsstellen aufgrund der Unterschiedlichkeit von Lebenswelten nicht erreichten. Sie seien dadurch aber auch mit besonderen Schwierigkeiten konfrontiert, z. B. wenn „ratsuchende Eltern von der Beratungsstelle erwarten, dass sie den Betroffenen sagen, ‚dass das so nicht geht‘“. Entsprechend wichtig sei die Arbeit mit Angehörigen, insbesondere mit Eltern von Jugendlichen im Coming-out-Prozess.

Silke Naudiet von der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung e. V. sprach aus der Erfahrung der Jugendhilfe und Erziehungsberatung. Die wichtigste Grundlage von Erziehungsberatung sei, so Naudiet, „jeden Menschen als Expert_in seiner Situation“ zu sehen und auf dieser Basis individuelle Bedürfnisse zu identifizieren, um dann auch das Umfeld mit einzubeziehen. Oftmals hätten Jugendliche oder Eltern zunächst nur das diffuse Gefühl, „irgendetwas ist merkwürdig“, eine von vielen Antworten könne dann eine Transidentität sein. Aufgabe der Erziehungsberatung sei hier, „gemeinsam den Weg zu dieser Antwort hin zu finden“.

Auf die Frage der Moderation nach spezifischen Unterstützungsbedarfen in der psychosozialen Beratung und Jugendhilfe betonte Naudiet die Vielfältigkeit der Bedürfnisse von Ratsuchenden: „Menschen sind nicht alle gleich, das gilt auch für trans*Menschen, manche brauchen Peer-Beratung und möchten andere Trans* treffen, andere möchten das erst mal gar nicht.“ Sie hob noch einmal den bereits am Vormittag genannten Ansatz vor, Ratsuchende möglichst wenig von einer Stelle zur nächsten weiterzureichen. „Wenn jemand bei mir gut angekommen ist, kann ich auch selbst gucken, wo ich jemanden aus der Community finde und wie ich mein Wissen auf diesen speziellen Fall bezogen erweitern kann.“ Auch solche fallbezogene Hintergrundberatung in Begleitung eines einzelnen Menschen sei eine Art der Fortbildung. Zum Thema Selbstreflexion gab Naudiet zu bedenken, nicht immer könnten Berater_innen vermeiden, „dass sich bei ihnen eine Schublade öffne“. Aber vielleicht könne es gelingen, „sie nicht gleich wieder zuzumachen“, sondern zu versuchen, mehr Flexibilität zu entwickeln, in der dann neue Konzepte und Verständnisse Platz finden könnten. „Inklusion haben wir aber erst dann erreicht, wenn trans*Menschen als Beratungskräfte auch cis-Menschen beraten.“

Jannes Hesterberg berichtete aus den Erfahrungen des Arbeitsbereichs Queere Lebensweisen und Geschlechtsidentitäten des Bundesverbands der Arbeiterwohlfahrt e. V. (AWO). Er betonte den Aspekt der Mehrfachzugehörigkeit und die Bedeutung eines inklusiven und intersektionalen Zugangs in der Beratung. Ratsuchende müssten immer in ihrem biografischen Zusammenhang gesehen werden. Auch Hesterberg wies noch einmal auf die zunehmende Bedeutung von Elternberatung hin, da das Durchschnittsalter beim Coming-out sinke. Vor dem Hintergrund eigener Forschungen zu Diskriminierungserfahrungen älterer Menschen und den Auswirkungen von Minderheitenstress auf das eigene Leben ging Hesterberg außerdem auf das Thema Alter ein. Grundsätzlich sei davon auszugehen, dass das Leben betagter Personen der LGBTTIQ*-Community in besonderer Weise durch die Erfahrung von Diskriminierung, Stigmatisierung und auch rechtlicher Verfolgung beeinträchtigt worden sei, die verstärkt zu Isolation und Vereinsamung führen könne. „Je älter Menschen sind, desto eher haben sie Ausschlusserfahrungen gemacht und desto größer ist die Angst, in Abhängigkeitsstrukturen zu geraten.“ Hesterberg wies auch darauf hin, dass Menschen in höherem Alter oftmals nur aufgrund ihres Merkmals ‚Alter‘ wahrgenommen würden und Aspekte wie sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität als identitätsstiftende Merkmale im heteronormativen Versorgungssystem ignoriert würden. Deshalb sollten sich Beratungseinrichtungen besonders dem Thema Alter widmen und versuchen, ältere LGBTTIQ* in ihren besonderen Bedürfnissen zu unterstützen. Dass die AWO thematisch breit aufgestellt und bundesweit präsent sei, könne transsexuellen/trans*Personen jeder Altersgruppe grundsätzlich den Zugang zur Erstberatung erleichtern, da sich vielfältige Anknüpfungspunkte böten.

Corinna Heider-Treybig berichtete aus der Erfahrung der Arbeit von pro familia. Sie betonte, dass gerade Träger wie pro familia, die flächendeckend und damit auch in ländlichen Regionen präsent sind, wo keine spezialisierten Angebote zur Verfügung stünden, eine wichtige Rolle spielen könnten. Pro familia befasse sich bereits intensiver als zuvor mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, dennoch fehlten oft wie bei vielen Beratungsverbänden konkrete Handlungsstrategien und Begriffsklärungen. Pro familia habe deshalb mit Unterstützung des Bundesfamilienministeriums den Leitfaden „Psychosoziale Beratung von inter* und trans*Personen und ihren Angehörigen“ in Auftrag gegeben, der diese Lücke schließen solle. Sie plädierte für eine Integration des Leitfadens in alle Fortbildungen zu sexualpädagogischer und psychosozialer Beratung.

Das Thema Trans* müsse sowohl innerhalb des Verbandes wie auch in der Öffentlichkeit noch präsenter werden, ausgehend von dem Grundverständnis, dass „wir in einer Gesellschaft der sexuellen Vielfalt leben, in der jedem Menschen mit einer rechtebasierten Haltung und mit Respekt zu begegnen ist“. Konkrete Schritte sieht Heider-Treybig in der Überprüfung bestehender Leitlinien innerhalb der Verbände darauf hin, ob sie einer trans*kompetenten Beratung gerecht werden, sowie in der Identifikation bestehender Ressourcen und notwendiger Veränderungen (z. B. in Form interner Fortbildungen, der Umgestaltung von Räumen, der Anpassung des öffentlichen Auftritts und der Präsentation des Beratungsangebots und der Ansprache von Ratsuchenden auf Plakaten oder Flyern).

Diana Sankowski berichtete aus der Arbeit des neu gegründeten Berliner Beratungs- und Unterstützungszentrums für Schulen (SIBUZ), bei dem schulpsychologische und sonderpädagogische Beratungsstellen zusammengefasst sind. Das SIBUZ begleite Schulen in Inklusionsprozessen und arbeite, so Sankowski, grundsätzlich mit einem weit gefassten Inklusionsbegriff, zu dem immer auch das Thema geschlechtliche Vielfalt gehöre. Somit sei auch das Thema Trans* in der Profilbildung des neu geschaffenen SIBUZ zentraler Bestandteil und könne durch die Multiplikationsfunktion des Beratungszentrums breit an Schulen und Lehrkräfte herangetragen werden.

Auf die Frage der Moderation nach Maßnahmen und Instrumenten, um Wissen und Sensibilität gegenüber transsexuellen/trans*Kindern und Jugendlichen zu vermitteln, berichtete Sankowski, dass das SIBUZ derzeit eine bessere Vernetzung der Kontaktpersonen für geschlechtliche Vielfalt/Diversität an Berliner Schulen sowie die Möglichkeit zum fachlich begleiteten Austausch anstrebe. Zur Beratung der Schulen gehörten außerdem vielfältige Einzelmaßnahmen, von denen einige auch am Vormittag bereits diskutiert worden waren (mögliche Maßnahmen sind z. B. eine genderneutrale Bezeichnung von Toiletten und Umkleieräumen, inklusive Bildungsmaterialien, die Möglichkeit für Schüler_innen, den eigenen Rufnamen selbst bestimmen zu können, eine Verankerung des Themas im Studium für Lehrkräfte und Erzieher_innen und die Öffnung der Kategorien zur Geschlechtsbestimmung in Akten und Formularen). Abschließend hob Sankowski hervor, dass in der Annäherung an das Thema geschlechtliche Vielfalt oft große Unsicherheiten bestünden und „Ängste, etwas falsch zu machen“, z. B. im Bereich der gendergerechten Sprache. Hier wünsche sie sich „von der Community für den Anfang eine gewisse Fehlertoleranz“.

6. Publikumsdiskussionen

In den Publikumsdiskussionen im Anschluss an die verschiedenen Podien zeichneten sich zentrale Themen und Forderungen ab, die unter Berücksichtigung unterschiedlicher Aspekte wiederholt aufkamen. Die Beiträge aller drei Publikumsgespräche sind deshalb im Folgenden in zusammengeführter Form wiedergegeben. Folgende Themen standen im Zentrum: die Notwendigkeit einer Erweiterung, Absicherung und besseren Vernetzung von Beratungsangeboten sowie die Einrichtung einer zentralen Fachstelle, die Frage nach dem Verhältnis zwischen Community- und Regelberatung sowie nach den Zuständigkeiten von Bund und Ländern in der Absicherung von Angeboten, der Bedarf an spezifischer Beratung (z. B. für Familien, Eltern und Partner_innen sowie in ländlichen Regionen), die Rolle kirchlicher Beratungsstellen, die Verbesserung der Unterstützung für geflüchtete transsexuelle/trans*Personen, die Bedeutung der Themen Krise und Gewalt in der Beratungspraxis, das Verhältnis von Selbsthilfe und psychosozialer Beratung sowie eine Verbesserung der Ansprache der Trans*Community seitens Regelberatungsstellen, Institutionen und Unternehmen.

Erweiterung und Absicherung von (spezialisierte) Beratung

Zahlreiche Teilnehmende aus dem Publikum drückten eine dringend notwendige **Verbesserung der Ausstattung mit Ressourcen und eine bessere Absicherung bestehender Beratungsstrukturen**, insbesondere in der communitybasierten Beratung aus. Es brauche grundsätzlich ein Mehr an Beratungsangeboten, die unbedingt intersektional ausgerichtet sein sollten und auch das Umfeld noch gezielter mit einbeziehen müssten. Auf keinen Fall dürften Regelberatung und Community-Beratung in Fragen der Verteilung finanzieller Ressourcen gegeneinander ausgespielt werden. Es wurde zudem darauf hingewiesen, dass beim möglichen Inkrafttreten einer neuen Leitlinie zur Behandlung von transsexuellen/trans*Personen und dem Wegfall der therapeutischen Pflichtbegleitung ein „riesiger **Mehrbedarf in der communitybasierten Beratung**“ entstehen werde. Dies sei rechtzeitig zu berücksichtigen, um eine völlige Überlastung der bestehenden Beratungsstellen zu vermeiden. Zudem müsse durch eine bessere finanzielle Ausstattung die Langfristigkeit gesichert werden. Zugleich wurde diskutiert, wie „Segregation innerhalb der eigenen Strukturen“ verhindert werden könne, die Vernetzung zur Regelberatung verbessert und zugleich die Community-Verbindung über Generationen hinweg gehalten werden könne, auch bei Förderung durch öffentliche Gelder. Vera Fritz sprach sich in diesem Zusammenhang dafür aus, dass auch bei besserer finanzieller Ausstattung ehrenamtliche Bereiche der Beratung in sonst bezahlten Beratungsstellen erhalten bleiben sollten, da die ehrenamtliche Arbeit erfahrungsgemäß meist die höchste Nähe zur Community aufweise.

Zentrale Fachstelle und Vernetzung

Vielfach wurde darauf hingewiesen, dass statt vieler „Insellösungen“ eine **bessere Vernetzung** zwischen Beratungsstellen mit Verweisungsmöglichkeiten nötig sei. In diesem Zusammenhang wurde die mögliche Einrichtung einer **zentralen Fachstelle** (wie vom Bundesverband Trans* in einer Stellungnahme zum Fachtag formuliert) gefordert, die als koordinierende Einheit auf Bundesebene agieren solle.

Zuständigkeiten von Bund und Ländern

Mehrfach wurde hervorgehoben, dass noch stärker mit Ländern und Kommunen diskutiert werden müsse, **wie die Bundespolitik unterstützend tätig werden könne**. Zwar bestehe die Schwierigkeit, dass der Bund lokale Beratungsstrukturen nicht direkt fördern könne. Durch Pilotprojekte werde aber beispielsweise versucht, Wissen und Sensibilisierung in die Regelberatung hineinzutragen, die dann wiederum über Verweis- oder direkte Beratung in die communitybasierte Beratung einfließen könnten. Oft, so wurde angemerkt, starteten gute Modellprojekte, danach bestehe jedoch die Schwierigkeit, diese in eine Regelfinanzierung der Länder zu überführen. Es wurde auch die Empfehlung eingebracht, sich an den Regelungen des Schwangerschaftskonfliktberatungsgesetzes (= Anrecht auf eine Beratung in Wohnortnähe, die von den Kommunen umgesetzt werden muss) als Modell für die Beratung zu Transsexuellen/Trans* sowie zu Intersexuellen/Intersex*-Themen zu orientieren, um so die finanzielle Absicherung von Beratungsarbeit zu verbessern.

Spezifische Beratung für Familien, Eltern und Partner_innen

Von verschiedenen Teilnehmenden wurde die Bedeutung spezifischer trans*kompetenter **Beratung für Familien – insbesondere für Eltern von transsexuellen/trans*Kindern, für transitionierende Eltern und für Partner_innen von Transitionierenden** – erwähnt, die erweitert und besser ausgestattet werden müsse.

Viele Familien von trans*Kindern und Jugendlichen, so der Hinweis einer teilnehmenden Mutter, hätten „zu Recht Angst vor staatlich etablierten Beratungsstellen, weil sie dort Übergriffe, Gewalt und Unrecht erfahren haben“. Folgen wie Selbstverletzung, Schulverweigerung, Suizidalität oder psychische Erkrankungen entstünden bei transsexuellen/trans*Kindern und Jugendlichen teilweise erst durch diese gewaltvollen Erfahrungen im Hilfesystem: „Das Problem ist nicht in den Familien, sondern wird von außen, von Beratungsstellen, Jugendämtern, Schulen und Ärzt_innen herangetragen, an denen wir nicht vorbeikommen. Aktuell ist das Vertrauen gestört. Es wäre wünschenswert, dass die Familien wieder Vertrauen fassen können.“ Es wurde auch betont, dass **zu breit aufgestellte Beratungsangebote** dazu führen könnten, dass manche Familien sich abgeschreckt fühlten. So sei beispielsweise bei kleineren Kindern die sexuelle Ausrichtung meist noch nicht ausgeprägt, sodass ein zu umfassend formuliertes Beratungsangebot kontraproduktiv wirken könne. Eine altersspezifische Beratung müsse deshalb unbedingt beibehalten und gestärkt werden. Aufgegriffen wurde auch spezifisch

das Thema **transitionierende Eltern** und hier das häufige Fehlen kompetenter und sensibler medizinischer Beratung zum Thema Kinderwunsch für transsexuelle/trans*Personen. Es müsse ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, „dass Schwangerschaft nichts ist, was mit Weiblichkeit verbunden ist“ und auch Männer Kinder gebären sowie Frauen Kinder zeugen können. Beratungsstellen sollten hier bestärkend und unterstützend wirken (Queer Leben bietet diese Thematik in der professionalisierten communitybasierten Beratung bereits an).

Beratung in ländlichen Regionen

Ein weiteres zentrales Thema war die Verbesserung der **Beratungsangebote in ländlichen Regionen**. Die Beiträge aus dem Publikum bestätigten, dass in den ländlichen Regionen vor allem Regelberatungsstellen gefragt sind, ihre Kompetenzen zu erweitern, da eine spezialisierte Beratung nicht immer flächendeckend möglich sei.

Kirchliche Beratung

Insbesondere im Publikumsgespräch zum dritten Podium (Ideenwerkstatt) wurde noch einmal die **Rolle kirchlicher Beratungsstellen** hervorgehoben, denen gerade in ländlichen Regionen oft eine wichtige Bedeutung zukomme. Die Erfahrung zeige, dass Druck, Diskriminierung, Gewalt und Konversionsversuche (der Versuch, transsexuelle/trans* oder schwule und lesbische Menschen in eine andere Identität zu zwingen) oft im Rahmen von Psychotherapien sowie in kirchlichen Institutionen und Familien erfolgten. Zugleich seien kirchliche Stellen oftmals einziger Anlaufpunkt für jene Angehörigen und Familien, die queeren Lebensweisen und communitybasierten Angeboten gegenüber feindselig eingestellt seien. Diese Familien, so bestätigten mehrere Beiträge aus dem Publikum, suchten eher Hilfe beim Pfarrer oder bei örtlichen Geistlichen als bei nichtkirchlichen Beratungseinrichtungen. Mehrfach wurde deshalb die Bitte an kirchliche Beratungsstellen gerichtet, gezielte Angebote für religiös orientierte Familien mit einem transidenten Kind aufzubauen. Es brauche, so der Hinweis einer Fachperson aus der psychotherapeutischen Arbeit, kompetente Ansprechpartner_innen bei kirchlichen Stellen und „ein sichtbares kirchliches Angebot“, an das Therapeut_innen die Familien weiterverweisen könnten. Dabei, so ein weiterer Beitrag aus dem Publikum, sollten die kirchlichen Beratungsstellen durchaus „das eigene Profil zum Thema Trans* und Zwischengeschlechtlichkeit im Bereich Glauben herausarbeiten“, da Glaube für viele Menschen in schwierigen Situationen ein überaus wichtiger Bezugspunkt sei und außerkirchliche Beratungsstellen diesen Zugang so nicht abdecken könnten. So könne außerdem „der Dialog in kirchliche Leitungsebenen hinein gefördert werden“, wo ein Verständnis für queere Lebensweisen oftmals noch fehle. Die kirchlichen Beratungsstellen wurden außerdem aufgefordert, sich für die **historische Aufarbeitung von NS-Verbrechen** gegenüber transsexuellen/trans* und intersexuellen Menschen einzusetzen, die teilweise im Rahmen der nationalsozialistischen Aktion T4 (die systematische Ermordung von Menschen aufgrund angeblicher geistiger und körperlicher Erkrankungen und Behinderungen) erfolgte. Hierbei müssten die Kirchen auch ihre eigene Rolle reflektieren.

Geflüchtete Transsexuelle/Trans*

Mehrfach wurde aus dem Publikum die Notwendigkeit einer besseren Unterstützung für mehrfachdiskriminierte, insbesondere **geflüchtete Transsexuelle/Trans*** geäußert. Die Zusammenarbeit mit migrantischen Organisationen wurde als zentral hervorgehoben. Gerade in ländlichen Regionen sind die Angebote für transsexuelle/trans*Geflüchtete bislang extrem begrenzt. Jay Keim von LesMigraS ergänzte in diesem Zusammenhang, dass es gegenwärtig in Deutschland noch viel zu wenige trans*kompetente Therapeut_innen gebe, die explizit mit einer rassismussensiblen Perspektive arbeiteten und über eine Kassenzulassung verfügten.

Thema Krise und Gewalt in der Beratungspraxis

Auch dem **Thema Krise** müsse noch mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Noch immer gebe es in der Trans*Community eine erhöhte Suizidrate im Vergleich zur restlichen Gesellschaft. Die Beratungspraxis zeige, dass **Krisen und Gewalt** zentrale Aspekte seien, die oft eine enge Zusammenarbeit mit Opfervereinen und Opferschutzeinrichtungen erforderten. Hier bestehe dringender **Unterstützungs- und Weiterbildungsbedarf für Berater_innen**, insbesondere bei Fällen massiver Gewalt, etwa wenn Menschen, die eine Vergewaltigung erlebt haben, rein ehrenamtlich betreut werden müssten oder wenn mehrfache Gewalterfahrungen vorlägen, wie z. B. bei Geflüchteten. Vera Fritz und Jay Keim bestätigten im Publikumsgespräch den sehr hohen Bedarf an akuten Krisenangeboten aus ihrer Praxis. Fritz berichtete, dass gerade in Krisensituationen der Zugang zur Regelversorgung oft nicht unmittelbar verfügbar sei oder Betroffene communitybasierte Beratung aufgrund des Vertrauensverhältnisses vorzögen. Eine Unterbringung akut von Gewalt bedrohter transsexueller/trans*Menschen, so Keim, sei oft sehr schwierig, da es nur sehr wenige entsprechende Angebote gebe. Fraueneinrichtungen müssten sich deshalb unbedingt mit ihrem Geschlechterverständnis und einer stärkeren Öffnung für Transsexuelle/Trans* auseinandersetzen, „weil sonst Menschen in ganz akuten Situationen alleine bleiben“. Zudem wurde die manchmal **fehlende Sensibilisierung für Trans* und Inter*Lebensweisen innerhalb der LSB-Community** aus dem Publikum noch einmal hervorgehoben. Oft herrschten stereotype Denkweisen vor und/oder das Thema Trans* werde kaum beachtet.

Selbsthilfe, psychosoziale Beratung, Therapie und Krankenkassen

Die Anwesenden regten an, klarer zwischen **psychosozialer Beratung und Selbsthilfe** „als Lotse durchs System“ zu unterscheiden – nicht jede_r benötige psychosoziale Beratung und Therapie. Zugleich solle jedoch ein psychosozialer Anteil durch trans*kompetente Fachpersonen in Regelberatungsstellen integriert werden, auch, weil es in vielen Regionen keine oder nicht genügend trans*kompetente Psychotherapeut_innen gebe. Verschiedene Teilnehmende sprachen sich für eine stärkere **Sensibilisierung bei den Krankenkassen** aus: Wie die Erfahrungen und auch die Beiträge auf den Podien zeigten, seien viele transsexuelle/trans*Menschen erst aufgrund der Auseinandersetzungen mit Krankenkassen und den diskriminierenden Erfahrungen, die sie im Gesundheitssystem machten, psychisch erkrankt: „Es kann nicht sein, dass ein System, das dazu da ist, Menschen zu helfen, sie krank macht.“ Gefordert wurde auch die Stärkung **rechtlicher Beratung** (z. B. im Fall von Diskriminierung) mit dem Ziel, Menschen zu empowern, für ihr Recht selbst einzustehen.

Ansprache von Trans* verbessern

Ein weiterer wichtiger Punkt war die Frage, wie Institutionen und Unternehmen in ihrer Ansprache für transsexuelle/trans*Menschen einladender werden könnten. Dabei wurde betont, dass eine konsequent genderinklusive Sprache und entsprechende Schreibweisen (Sternchen*, Gender_Gap o. Ä.) in allen Bereichen des öffentlichen Auftritts, wie beispielsweise beim Webauftritt oder in Info-Broschüren, in hohem Maße vertrauensbildend wirken könnten. Dies gelte auch für Regelberatungsstellen. Mehrfach wurde darauf hingewiesen, dass bei vielen Regelberatungsstellen im öffentlichen Auftritt ein erheblicher Mangel an fachlichem Wissen sowie an Sensibilität für genderinklusive Sprache bestehe. Oftmals müsse die Community „erst einmal Fachleute wie Ärzt_innen oder Berater_innen auf einen bestimmten Wissensstand bringen und Aufklärung leisten“. Eine verbesserte Unterstützung von Regelberatungsstellen durch Personen aus Selbsthilfegruppen und aus der communitybasierten Beratung sei deshalb unabdingbar. Zugleich wurde sehr positiv wahrgenommen, dass sich die Regelberatungsstellen der kritischen Diskussion beim Fachtag stellten und Offenheit für Selbstkritik sowie eine große Bereitschaft für weitere Lernprozesse zeigten.

Weiterbildung

Ein Kritikpunkt war die fehlende **Anerkennung von Weiterbildungsprogrammen** (wie z. B. der Qualifizierung der Akademie Waldschlösschen) bei Regelberatungsstellen. Noch immer fehle das Verständnis dafür, dass **ehrenamtliche Beratung oft hochprofessionell** sei („ehrenamtlich und professionell sind keine Gegensätze“). **Für lokale Fort- und Weiterbildungen in Regelberatungsstellen** könnten zudem Personen aus Selbsthilfegruppen stärker eingebunden werden. Schließlich wurde darauf hingewiesen, dass derzeit mehrere Weiterbildungsangebote für Fachpersonal entwickelt würden, z. B. durch den Verband lesbische schwule, bisexuelle, trans*, intersexuelle und queere Menschen in der Psychologie wie auch durch den Bundesverband Trans*.

Ausweisänderungen

Es wurden verschiedene Erfahrungen im Bereich des Umgangs mit Ausweisänderungen geteilt und darauf hingewiesen, dass teilweise erhebliche bürokratische Hürden bestünden. In diesem Zusammenhang wurden konkrete **Handlungsanweisungen für einen unterstützenden Umgang** mit Menschen gefordert, die einen (rechtlich nicht bindenden) **DGTI-Ausweis** tragen.

7.

Ergebnisse

Im Folgenden werden die Ergebnisse des Fachtages – zentrale Themen, Handlungsbedarfe und Forderungen – in strukturierter Form aufgeführt. Die Zusammenstellung dieser Ergebnisse erfolgt auf Grundlage der Podiumsgespräche und Publikumsdiskussionen sowie der vorab schriftlich eingereichten Beiträge der Podiumsteilnehmenden.

I. Übersicht: Zentrale Handlungsbedarfe und Forderungen

1. Mehr Wissensvermittlung und Sensibilisierung für das Thema Trans* in relevanten Berufsgruppen (Medizin, Psychologie, (Sozial-)Pädagogik, Recht, öffentliche Verwaltung) und Erarbeitung von orientierenden Leitlinien für Berufsgruppen
2. Einrichtung einer bundesweiten zentralen Fachstelle für Trans* Beratung und Entwicklung von Qualitätsstandards für Beratung
3. Bessere finanzielle Ausstattung und Absicherung von communitybasierter Beratung und Selbsthilfestrukturen
4. Verbesserung von Wissenstransfer und Zusammenarbeit zwischen communitybasierter Beratung und Regelberatung
5. Erweiterung spezifischer Beratungsangebote (Familie, Eltern, Partner_innen, Kinderwunschberatung)
6. Verbesserung der Unterstützungsangebote für geflüchtete transsexuelle/trans*Personen
7. Integration eines intersektionalen Ansatzes in alle Beratungsangebote
8. Verstärkte Einbindung von transsexuellen/trans*Personen mit Erfahrungen von Mehrfachdiskriminierung als Berater_innen
9. Entwicklung inklusiver Bildungsmaterialien

II. Handlungsbedarfe und Forderungen im Einzelnen:

1. Sensibilisierung und Wissensvermittlung:

Sensibilisierung und Wissensvermittlung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und Institutionen

- Trans*Kompetenz als Pflichtbestandteil der Ausbildung für alle medizinischen, psychologischen, (sozial-)pädagogischen und juristischen Berufe

- Sensibilisierung und Weiterbildung von Fachkräften aus Psychologie, (Sozial)Pädagogik, Recht und Medizin (insbesondere in Krankenhäusern, Notaufnahmen und Pflegeeinrichtungen, auch: spezifische Wissensvermittlung zum Thema Transsexualität/Trans* und Schwangerschaft für Gynäkolog_innen, Hebammen und in Geburtskliniken)
- Informationsvermittlung an Krankenkassen über besondere Bedarfe von transsexuellen/trans*Personen (z. B. im Alter)
- Vermittlung von Grundlagen für trans*freundliche Unternehmen (Ansprechpartner_innen für transsexuelle/trans*Personen, Leitlinien für guten Umgang mit Transition von Mitarbeitenden, Fürsorgepflicht der Arbeitgeber_innen) und Förderung von Trans*Kompetenz in Berufsschulen
- Sensibilisierung und Wissensvermittlung in Verwaltung und öffentlichem Dienst (insbesondere in Jobcentern, z. B. nach dem Vorbild bestehender Schulungsprogramme der „Initiative Sexuelle Vielfalt“ in Berlin)
- Geschlechterinklusive Formulierung von Formularen und Anschreiben, Erweiterung von Geschlechtsoptionen bzw. keine Geschlechtsangabe in Formularen

2. Beratung und Unterstützung

Allgemeine Bedarfe

- Verbesserung der Beratungslandschaft in ländlichen Regionen sowie der Kompetenzen in dort vorhandenen Regelberatungsstellen, z. B. in kirchlichen Beratungsstellen
- Vermittlung von Trans*Kompetenzen im Bereich der Telefonseelsorge
- Integration von psychosozialer Beratung in Regelberatung

Spezifische Bedarfe

Transsexuelle/trans*Kinder und Jugendliche und ihre Familien

- Aufklärung und Sensibilisierung in Kitas und Schulen (Erzieher_innen, Lehrer_innen, Kita-/Schulleitung, Mitschüler_innen) z. B. durch Workshops, Elternabende, Klassenkonferenzen zu zentralen Themen im Bereich Trans* und Transition (Anrede, Namensnennung und sensible Sprache, Bekleidung, inklusive Gestaltung von Räumen, z. B. genderneutrale Bezeichnungen für Toiletten oder Umkleieräume, Anschaffung inklusiver Kinderbücher und Bildungsmaterialien, Leitlinien und Prozessbeschreibungen für guten Umgang mit Outing und Transition in Kita und Schule)
- Verstärkte Entwicklung inklusiver Bildungsmaterialien, die eine Vielfalt an geschlechtlichen Identitäten und Familienformen sichtbar machen
- Integration von Thema Transsexualität/Trans* in Lehrpläne für gesundheitliche Aufklärung/Sexualkundeunterricht
- Sensibilisierung und Schulung von (Kinder-)Ärzt_innen und Psycholog_innen im Bereich Trans*Kompetenz bei Kindern und Jugendlichen (z. B. zur Bedeutung von Pubertätsblockern für Jugendliche)
- Spezifische Wissensvermittlung zum Thema Trans* und altersgerechte Beratung in Regelberatungsstellen, die im Bereich Kinder, Jugendliche und Familie tätig sind
- Verbesserung der Verweiskompetenz von Einrichtungen der Familien- und Jugendhilfe an communitybasierte Beratung und an Selbsthilfegruppen

Partner_innen, trans*Eltern, Familiengründung und Kinderwunsch

- Mehr Beratungsangebote für Eltern und Partner_innen bzw. bessere Ausstattung der bestehenden Angebote und Selbsthilfegruppen
- Differenzierte Beratungsangebote für transsexuelle/trans*Eltern zum Thema Familiengründung und Kinderwunsch (z. B. in Bezug auf Hormoneinnahme und Kinderwunsch, Schwangerschaft bei trans*Männern, Stillen trotz Mastektomie; auch in der communitybasierten Beratung wird dieses Thema noch kaum abgedeckt)

Transsexuelle/trans*Personen mit Erfahrung von Mehrfachdiskriminierung oder Flucht

- Intersektionaler Ansatz als Grundlage für jede Beratungsarbeit, Intersektionalität darf nie nachgeordnet sein
- Bereits bei der Entwicklung von Beratungskonzepten Einbezug mehrfachzugehöriger Menschen statt nachträgliche Integration in bestehende Konzepte oder „Spezialberatung“ (→ Berücksichtigung älterer, von Rassismus oder Klassismus betroffener, prekär arbeitender, psychisch oder physisch beeinträchtigter transsexueller/trans*Personen und deren Bedarfe)
- Verstärkte Einbindung von Menschen mit Erfahrungen von Mehrfachdiskriminierung, insbesondere von rassismussensibilisierten Menschen in Beratungspositionen im Bereich Transsexualität/Trans*
- Bessere Versorgung in akuten Krisensituationen und nach Gewalterfahrungen und mehr sichere Unterkünfte für transsexuelle/trans*Geflüchtete (in denen auch Verpflegung, soziale Betreuung etc. gewährleistet sind)
- Mehr Kassenzulassungen für trans*kompetente Psychotherapeut_innen, die ausgewiesene Expertise im Bereich Mehrfachdiskriminierung (insbesondere Rassismuserfahrung) haben und/oder über wichtige Sprachkenntnisse für die Unterstützung Geflüchteter verfügen

Bereich Ausbildung und Arbeitsplatz

- Mentoringprogramme für transsexuelle/trans*Personen bei Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche und zum Umgang mit ihrer geschlechtlichen Identität im Job (z. B. nach dem Vorbild bestehender Programme und Good-Practice-Beispiele wie „Trans* Job Mentoring“ oder „Trans* in Arbeit“)
- Bessere Sichtbarkeit trans*freundlicher Unternehmen (in Öffentlichkeit, Jobcenter, Beratungsstellen)
- Mehr anonymisierte Bewerbungsverfahren, um Zwangsouting zu vermeiden

Bereich Krisen, Gewalt und Diskriminierung

- Intensivere Zusammenarbeit mit Opferverbänden und Kriseneinrichtungen (z. B. im Bereich Suchtberatung und Suizidprävention)
- Stärkere Öffnung von Fraueneinrichtungen und -unterkünften für transsexuelle/trans*Personen
- Mehr Sensibilisierung für Diskriminierung auch innerhalb der LSBTTIQ*-Community, z. B. in LSB-Beratungsstellen
- Ausbau rechtlicher Beratung und stärkere Integration des Empowerment-Aspekts in der Beratung → Menschen ermöglichen, für ihre Rechte selbst einzutreten
- Mehr Studien zum Thema Sucht- und Suizidgefährdung von transsexuellen/trans*Personen in Deutschland

- Verbesserung der Unterstützungsstruktur für trans*Sexarbeiter_innen (z. B. Beratung von und für trans*Sexarbeiter_innen nicht in bestehenden Strukturen ansiedeln, da zu „hochschwellig“ und Gefahr der Diskriminierung, besser Treffpunkte in Rotlichtbezirken mit Wasch-, Koch-, und Duschmöglichkeiten)

3. Wissenstransfer und Vernetzung zwischen communitybasierter Beratung und Regelberatung

- Breite Integration des Themas Transsexualität/Trans* in Regelberatung und Sensibilisierung, deutlichere Ansprache von transsexuellen/trans*Personen durch Regelberatung
- Förderung der Zusammenarbeit von communitybasierter Beratung und Regelberatung, um „Beratungsmarathons“ zu verhindern; Schaffung von Räumen für Austausch und Vernetzung
- Stärkung von Wissenstransfer und Hintergrundberatung durch communitybasierte Beratungsstellen
- Erhöhung der (gegenseitigen) Verweiskompetenz, v. a. jedoch in Regelberatungsstellen
- Bereitschaft zur Selbstkritik, Überdenken von Konzepten und Sprachregelungen seitens der Regelberatung
- Bereitschaft zur Selbstreflexion und Fehlertoleranz gegenüber Regelberatungsstellen vonseiten der communitybasierten Beratung, auch: Bereitschaft, Lernprozesse zu begleiten und Wissen zu teilen
- Formale Anerkennung communitybasierter Weiterbildungen (Bsp. Stiftung Akademie Waldschlösschen) im System der Regelberatungsstellen; allgemein: mehr Anerkennung für Wissen aus niedrigschwelliger, communitybasierter und oft ehrenamtlicher Beratung

4. Zentrale Fachstelle und Qualitätsstandards

- Einrichtung einer übergeordneten Fachstelle Trans* Beratung für Aufbau und Koordination der bundesweit vorhandenen Beratungsstellen im Bereich Trans*
- Entwicklung eines Curriculums/Moduls zum Thema Trans* Beratung, welches in vorhandene Beratungsausbildungen integriert werden kann
- Entwicklung von Qualitätsstandards im gegenseitigen Austausch zwischen Community- und Regelberatung; als Grundlage hierfür: strukturierte Systematisierung der Erfahrungen communitybasierter Beratung

5. Ressourcen

- Bessere Ausstattung von communitybasierter Beratung und Selbsthilfestrukturen (finanziell und räumlich)
- Langfristigere Förderung, um Beratungssicherheit für Klient_innen zu gewährleisten
→ Strategien für Langfristigkeit, z. B. zur Übertragung von Modellprojekten in Regelfinanzierung
- Komplementarität, Förderung von Regelberatung wie ehrenamtlichen Strukturen, um Konkurrenz um finanzielle Mittel zu vermeiden
- Schaffung von Rahmenbedingungen, die eine Absicherung von Beratungsstrukturen durch Bundesmittel ermöglichen (→ Modell Schwangerschaftskonfliktberatungsgesetz)

6. Weiteres

Rechtliche Aspekte

- Abschaffung der Gutachter_innenpflicht (bzw. Reduzierung auf ein Gutachten durch den_die behandelnde_n Psychotherapeut_in)
- Verfahrensvereinfachung für Abläufe der Transition bei den Krankenkassen sowie bei Veränderung des Namens- und Geschlechtseintrags bei Behörden, Banken und anderen Institutionen, in Zeugnissen etc.
- Rechtsstellung der Familie: Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partner_innen und Adoption, um Ungleichheiten zwischen weiter bestehenden Ehen von transsexuellen/trans*Personen und eingetragenen Lebenspartnerschaften gleichgeschlechtlicher Partner_innen abzuschaffen
- Formale Anerkennung von transsexuellen/trans*Männern als Väter und transsexuellen/trans*Frauen als Mütter auch in Geburtsurkunden ihrer Kinder

8.

Fotos und Kurzviten der Podiumsgäste



Christian Dittler

Trans-Kinder-Netz e. V.

46-jährig, aus Baden-Württemberg
Vater einer Tochter (10)
Trakine-Mitglied



Vera Fritz

Sonntags-Club e. V.

Mitarbeiter_in Sonntags-Club e. V., Berlin,
cisgeschlechtlich, seit über neun Jahren Beratung von Personen mit
Geschlechtsidentitätsthematiken, Dipl.-Päd., Gestalttherapeut_in,
Supervisor_in. Die Basis meiner Kompetenz zum Thema Geschlechts-
identität habe ich im Wesentlichen durch Zuhören und Verstehen
der jeweiligen Lebensgeschichten, Lebenssituationen und Belastun-
gen der Ratsuchenden sowie durch Reflexion meiner Arbeit in
unterschiedlichsten Kontexten erworben.

Publikation: „Infrage gestellt. Dekonstruktive Aspekte psycho-
sozialer Beratung und Therapie von Menschen mit einer
Trans*identitätsthematik“. Gestalttherapie, Heft 1/2013.



Pia Gleditzsch

*Trans*Beratung Köln/Bundesvorstand Trans**

Als Moderatorin und Beraterin bin ich in der Selbsthilfegruppe
TXKöln bei den wöchentlichen Gruppentreffen aktiv, vertrete
diese Gruppe und die Trans*Interessen bei der Kölner „Stadt-
Arbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule, Trans*“ als sachkundige
Bürgerin, die den Rat der Stadt berät, sowie beim Ministerium für
Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter in Düsseldorf. Weiter
bin ich im Vorstand des Bundesverbandes Trans*aktiv. Im Wesentli-
chen habe ich in zwei Berufen gearbeitet: Auf der technischen Seite
habe ich nach einer Beamtenlaufbahn mehr als drei Jahrzehnte ein
Ingenieurbüro geleitet, auf der menschlich-sozialen Seite habe ich
parallel dazu nach einem zusätzlichen Psychologiestudium in
Holland Menschen in ihren verschiedenen Lebenssituationen
beraten und gecoacht. Zu meinem Trans*Sein habe ich mich erst
nach meinen Kontakten in der Selbsthilfe bekannt, also jetzt im
Rentenalter, und vollständig in der Rolle des anderen Geschlechts
lebe ich, seitdem ich 67 bin, also seit dreieinhalb Jahren.



Margret Göth

PLUS, Psychologische Lesben- und Schwulenberatung Rhein-Neckar e. V.

Geb. Reipen, Psychologische Psychotherapeutin, Kinder- und Jugendtherapeutin, Psychodrama-Therapeutin, Beraterin und Mitglied der Geschäftsführung von PLUS. Psychologische Lesben- und Schwulenberatung Rhein-Neckar e. V., Mitglied im Verband von Lesben und Schwulen in der Psychologie e. V. (VLSP). Mit Ralph Kohn Autorin von „Sexuelle Orientierung in Psychotherapie und Beratung“ (Springer, 2014.)



Mari Günther

QUEER LEBEN, Berlin

- Jahrgang 1970, Väterin, Berlin
- systemische Therapeutin (SG), Familientherapeutin (BIF Berlin)
- Dipl.-Gemeindepädagogin GPA Potsdam, 2. Theologisches Examen
- Aufbau und fachliche Leitung der Inter* und Trans*Beratung QUEER LEBEN
- Mitarbeit im geschäftsführenden Vorstand des Bundesverbandes Trans*
- Mitbegründerin des Runden Tisches „zur Verbesserung der Versorgungslage von trans- und intergeschlechtlichen Menschen in Berlin“ gem. mit der Senatsverwaltung Integration, Arbeit, Soziales, seit 2005
- Aufbau eines interdisziplinären Qualitätszirkels „Trans- und Intergeschlechtlichkeit“ gem. mit dem CSW e. V. Berlin, anerkannt von der KV Berlin, seit 2010



Ulrike Heckel

Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung e. V.

Herzebrock-Clarholz in NRW
Dipl.-Sozialpädagogin, Supervisorin DGSv, Ehe-, Partnerschafts-, Familien-, Lebensberaterin (DAJEB), Vorstandsmitglied und seit 05/2016 Vizepräsidentin DAJEB e. V.
Langjährige Tätigkeit in der DAJEB-Beratungsweiterbildung als Dozentin und Ausbildungssupervisorin
Kursleiterin von Fort- und Weiterbildungskursen



Corinna Heider-Treybig
pro familia

Geb. 1965, Studium an der FH Nord-Ost-Niedersachsen, Abschluss 1987 als Diplom-Sozialarbeiter_in/pädagog_in, Zusatzausbildung Entspannungspädagog_in, seit 2001 in der „pro familia“-Beratungsstelle Lüneburg tätig, Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung, Sexualpädagogik, Onlineberatung



Jannes Hesterberg
Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.

Seit 1996 beruflich eng mit verschiedensten Bereichen und Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit verbunden. Von 2003 bis 2009 als Heilpädagoge in einer Wohngruppe für Kinder und Jugendliche mit lebenszeitverkürzenden Erkrankungen/Schwerstmehrfach-Behinderungen gearbeitet. Danach Studium an der ASH Berlin B. A. und M. A. Schwerpunkt Gender- und Queerforschung, Soziale Gerontologie, Migration und Rassismus, qualitative Forschung, Biografieforschung.

- Bachelorarbeit: „Gleichgeschlechtliches Begehren und Alter im Kontext Sozialer Arbeit“
- Masterarbeit: „Eine Lebensgeschichte jenseits der heteronormativen Mehrheitsgesellschaft“

Seit 01.05.2016 Referent für queere Lebensweisen und Geschlechtsidentitäten beim AWO Bundesverband.



Jay Keim

LesMigraS, Antidiskriminierungs- und Antigewaltbereich der Lesbenberatung Berlin e. V.

Mitarbeiter_in bei LesMigraS/Lesbenberatung Berlin e. V., systemische Berater_in, Fachberater_in für Psychotraumatologie, Trainer_in und Referent_in zur Unterstützung bei Gewalt, Mehrfachdiskriminierung, Diskriminierungssensibilität und caring communities, M. A. Gender Studies/Europäische Ethnologie

	Conny-Hendrik Kempe-Schälicke <i>Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft Berlin/ OSZ Lise Meitner</i> Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft Berlin (1/2 Stelle), Koordination und Umsetzung der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ in Schule und Kinder- u. Jugendhilfe; sexuelle und geschlechtliche Vielfalt, Gender Mainstreaming, Diversity Oberstufenzentrum Lise Meitner (1/2 Stelle) Lehrkraft für Biologie und Informatik, Kontaktperson für Vielfalt und bei Diskriminierung
	Merit Kummer <i>rubicon e. V./anyway e. V.</i> Diplom-Sozialpädagogin, Ausbildung in angewandter kontemplativer Psychologie Arbeitsschwerpunkte in rubicon: psychosoziale Beratung für trans*Personen und Menschen, die sich nicht eindeutig als Frau oder Mann verorten, Fortbildungen zu Trans* und queeren Themen. Arbeitsschwerpunkte im Jugendzentrum anyway – Leitung einer trans*Jugendgruppe – psychosoziale Beratung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen Aktiv in einer queer feministischen Szene, u. a. in einem deutsch-französischen Zusammenhang für Frauen* im Handwerk (Sissi Chantier)
Kein Foto	Stephan Mertens <i>Stiftung Akademie Waldschlösschen</i> Göttingen, Niedersachsen, Deutschland Pädagogischer Mitarbeiter, Akademie Waldschlösschen LGBT*I*Q-Tätigkeiten: 2007 – 2010 Schwulenreferent im Autonomen Schwulenreferat der Uni Bielefeld seit 2007 Polittunte Frau Doktor (diverse Bühnenprogramme) seit 2010 Pädagogischer Mitarbeiter bei der Stiftung Akademie Waldschlösschen 2010 – 2013 Regionalkoordinator in Göttingen der MSM-Initiative „hin und wech“ der Niedersächsischen AIDS-Hilfe seit 2013 Teil des Organisationsteams der „queerBar“, eines Treffpunkts für LGBT*I*Q-Menschen in Göttingen und Umgebung



Silke Naudiet

Bundeskonzferenz für Erziehungsberatung e. V.

Diplom-Psychologin, Psychologische Psychotherapeutin app., seit 2014 Geschäftsführerin der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (bke), davor langjährige Leiterin einer Erziehungsberatungsstelle



Christina Roßner

Transfamily

29.07.1948 in Zerbst, Sachsen-Anhalt, ein Sohn, zwei Enkelkinder

Abitur, gelernte Bürokauffrau, in den unterschiedlichsten kaufm. Bereichen gearbeitet.
Seit 30 Jahren setze ich mich mit dem Thema Transsexualität auseinander und bin seit der Gründung von Transfamily vor 16 Jahren bei Transfamily mit meinem damaligen Partner T. M., ehrenamtlich tätig. Viele trans*Menschen habe ich mittlerweile auf ihrem Weg begleitet und konnte mit vielen Informationen und Hilfestellungen weiterhelfen. Schön ist es immer wieder für mich zu sehen, wie alle aufblühen, wenn sie das Outing hinter sich haben. Vor vier Jahren habe ich noch ein Fernstudium Psychologie abgeschlossen und bin als beratende Psychologin tätig (ehrenamtlich). Seit einigen Jahren leite ich den Stammtisch Transfamily in Duisburg für trans*Menschen und Angehörige. Außerdem findet noch ein Stammtisch in Köln statt, der von meinem ehemaligen Partner geleitet wird.



Diana Sankowski

Schulpsychologisches und Inklusionspädagogisches Beratungs- und Unterstützungszentrum Friedrichshain-Kreuzberg

- Schulpsychologin, spezialisiert auf den Bereich Gewaltprävention und Krisenintervention
- in dieser Funktion Ansprechpartnerin für alle Schulen Friedrichshains und Kreuzbergs
- Tätigkeitsschwerpunkte: Begleitung von Schulen in Krisen und Notfällen, Aufbau und Fortbildung schulischer Krisenteams
- setze mich ein für einen selbstverständlicheren Umgang mit Heterogenität und die Akzeptanz vielfältiger Lebensweisen in Schule und Gesellschaft



Christa Scheurer

Studienrätin

- | Lehrerin an einer Schule in Aachen
- | Geb. 15.12.1950
- | Abitur 1970
- | Staatsexamen 1976
- | Zweites Staatsexamen 1977
- | Eintritt in den Schuldienst am Gymnasium 1976
- | Verheiratet, drei Kinder
- | Ruhestand seit 01.08.2016



Kim Schicklang

ATME e.V.

geboren 11.07.1972
 Volontariat Rundfunk 1995–1997
 Rundfunkredakteurin und Toningenieurin (B. Eng., M. A. Hochschule der Medien Stuttgart) 2010–2016
 Regisseurin (u. a. Spielfilm „Der Spalt“)
 ATME e.V. (Vorsitzende) 2008 – heute
 ver.di Bezirk Stuttgart (AK LSBTTIQ) 2009 – heute

Kein Foto

Dr. Uta Schirmer

*Georg-August-Universität Göttingen/Trans*Beratung Göttingen*

Derzeit wissenschaftliche_r Mitarbeiter_in im Studienfach Geschlechterforschung an der Universität Göttingen, hat 2009 mit einer empirischen Arbeit zu einer trans*queeren Subkultur, der „Drag King“-Szene in Deutschland, promoviert („Geschlecht anders gestalten. Drag Kinging, geschlechtliche Selbstverhältnisse und Wirklichkeiten“, Bielefeld 2010). Uta Schirmer hat eine Weiterbildung in systemischer Beratung sowie eine Qualifizierung zur Trans*Beratung absolviert und gemeinsam mit drei anderen Teilnehmer_innen dieser Qualifizierung zu Beginn dieses Jahres ein Trans*Beratungsangebot in Göttingen initiiert.



Ulrike Stender

Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung e.V.

Diplom-Psychologin, Psychologische Psychotherapeutin
 Seit fünf Jahren Mitglied im Vorstand der Evangelischen Konferenz für Familien- und Lebensberatung (EKFuL) – das ist der Evangelische Bundesfachverband für Psychologische Beratung.
 Fast 37 Jahre in der Ev. Beratungsstelle Duisburg/Moers tätig, davon die letzten 20 Jahre als Leiterin der Stelle, seit Ende Mai im Ruhestand.
 Die Ev. Beratungsstelle Duisburg/Moers ist eine integrierte Beratungsstelle:
 Erziehungs-, Familien-, Partnerschafts- und Lebensberatung sowie Schwangerschaftskonfliktberatung werden „unter einem Dach“ vorgehalten.

**Klaus Stehling**

AIDS-Hilfe Hessen e. V.

Diplom-Politikwissenschaftler
Pronomen männlich, geboren am 30.05.1969 in Fulda.
Studium der Politikwissenschaften in Marburg, seit Beginn der 90er-Jahre haupt- und ehrenamtlich aktiv im LSBT*IQ-Spektrum.
Seit 2001 Geschäftsführer der AIDS-Hilfe Hessen e. V., freiberuflich tätig als Moderator und Prozessbegleiter. Mitglied im Stiftungsrat der Akademie Waldschlösschen und im Vorstand der Hannchen-Mehrzweck-Stiftung (hms).

Kein Foto

Leo Yannick Wild

TransInterQueer e. V.

Leo Yannick Wild, Jahrgang 1975, Journalist M. A., Politikwissenschaftler Mag., Studien an den Universitäten Heidelberg, FU/UdK Berlin, Monterrey/Mexico. Leitet den Bereich Antidiskriminierung (Beratung und Fortbildungen) der Schwulenberatung Berlin gGmbH und koordiniert das Netzwerk von LSBT-Antidiskriminierungsstellen in Berlin, das im Auftrag der Landesantidiskriminierungsstelle arbeitet. Bei TransInterQueer e. V., seit 2006 der Verein für trans*, inter* und queere Menschen, ist er tätig in den Bereichen internationale Vernetzung sowie Analyse der Berichterstattung in deutschen Medien zu Trans* Themen und Trainings für Journalist_innen. Im von TransInterQueer und dem Berliner Sonntags-Club im Jahr 2015 gestarteten Pilotprojekt „Trans* Job Mentoring“, das er koordiniert, kontern trans*Mentees, unterstützt durch erfahrene Mentor_innen, die Diskriminierungen, denen trans* Menschen im Arbeitsleben ausgesetzt sind.

**Dr. Markus Wonka**

Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Ehe-, Familien- und Lebensberatung, Telefonseelsorge und Offene Tür e. V.

- Dr. theol., Dipl.-Psych., systemischer Therapeut (DGSF)
- systemischer Supervisor (DGSF), Traumaberater (PITT Reddemann)
- Leiter der Ehe-, Familien- und Lebensfragen im Bistum Münster
- 2. Vorsitzender der Kath. Bundeskonferenz für Ehe-, Familien- und Lebensfragen

Dieses PDF ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
es wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
Referat Öffentlichkeitsarbeit
11018 Berlin
www.bmfsfj.de



Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 030 20179130
Montag–Donnerstag 9–18 Uhr
Fax: 030 18555-4400
E-Mail: info@bmfsfjservice.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115*

Stand: Oktober 2016

Gestaltung: www.avitamin.de

Bildnachweis Frau Marks: Bundesregierung/Kugler

- * Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 zur Verfügung. In den teilnehmenden Regionen erreichen Sie die 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr. Die 115 ist sowohl aus dem Festnetz als auch aus vielen Mobilfunknetzen zum Ortstarif und damit kostenlos über Flatrates erreichbar. Gehörlose haben die Möglichkeit, über die SIP-Adresse 115@gebaerdentelefon.d115.de Informationen zu erhalten. Ob in Ihrer Region die 115 erreichbar ist und weitere Informationen zur einheitlichen Behördenrufnummer finden Sie unter <http://www.d115.de>